

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Die D-Mark siegt im Kosovo

- Gewerkschaften an der Bündniskette? S.3
- Kosovo S. 5/6/7
- Kommunalwahlen in NRW S. 11
- Landtagswahlen im Osten S. 12
- Fujitsu/Siemens S. 16
- Tagung „Nach dem Balkankrieg“ S. 18



IN BERLIN

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... und Ost Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Politischen Berichten veröffentlichen die Mitteilungen der „**ArGe, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS**“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

AKTUELL

VERHÖHNUNG. Am 6. September haben die Gespräche zwischen Kanzler Schröder, dem Beauftragten Lambsdorff und den Vertretern von 16 Konzernen über die Entschädigungsregelung für Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer stattgefunden. Wie verlautet, haben die Unternehmen für die von ihnen zu finanzierte Stiftung 1,7 Mrd. DM angeboten – die Anwälte der Opfer fordern ca. 30 Mrd. Die angebotenen 1,7 Mrd. DM liegen noch unter dem Betrag, den allein die Deutsche und die Dresdner Bank an „Arisierungs“-Provisionen einkassiert haben. Und dann sollen damit gleich alle gegen deutsche Unternehmen gerichtete Ansprüche von Zwangsarbeitern und Enteigneten ein für alle mal abgegolten sein! Solche Zumutungen zögern die Verhandlungen immer weiter hinaus, obwohl die US-Regierung den deutschen Konzernen zur Seite springt und zu einem Regierungsabkommen bereit ist, auf dessen Grundlage alle zukünftigen Klagen vor amerikanischen Gerichten abgewiesen werden sollen. Die Bundesregierung will dem Bundestag die Errichtung einer Bundesstiftung vorschlagen, mit dem, wie es in einer Presseerklärung der Regierung heißt, „Gerechtigkeitslücken geschlossen werden sollen“. Dabei geht es vor allem um Zwangsarbeiter, die z.B. bei Kommunen oder in früheren SS-Betrieben arbeiteten. Nicht entschädigt werden sollen anscheinend Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft – von den zahlreichen Frauen, die zur Arbeit in deutschen Familien gezwungen werden, ist schon gar nicht die Rede –, da ihr Schicksal nicht annähernd mit dem der Zwangsarbeiter in Konzentrationslagern und Ghettos vergleichbar sei.

WIEDER GENERALSTAB. Obwohl die im Frühjahr einberufene Kommission unter dem Vorsitz Richard von Weizsäckers „Optionen“ für einen Umbau der Bundeswehr erst im nächsten Jahr vorlegen wird, werden zur Zeit wichtige Weichen gestellt: Die Bundeswehr wird verkleinert und modernisiert. Statt eines Nebeneinanders von verhältnismäßig kleinen „Krisenreaktionskräften“ und großen „Hauptverteidigungskräften“ wird es zukünftig einen großen Kern „Einsatzkräfte“ und darunter eine „Grundorganisation“ geben, die Rekruten ausbildet, die Logistik für die „Truppe im Auslandseinsatz“ bereitstellt etc. Dabei wird die Wehrpflicht beibehalten, zum einen, weil die Wehrpflichtigen ein nicht zu unterschätzendes Rekrutierungsreservoir für die Berufssoldaten bilden, zum anderen, weil für die Ausrichtung auf den Krieg gegen den Osten, gegen Russland, die Mobilisierung großer Reservistenmassen unverzichtbar ist. Einschneidende Änderungen wird der Umbau der militärischen Führung bringen. Der Generalinspekteur, der bisher „Berater“ der Regierung und zuständig für die Planung, jedoch ohne direkte Be-

fehlsgewalt ist, wird zukünftig den Truppeneinsatz planen und befehlen; er wird dazu mit einer Operationsabteilung und einem „gemeinsamen Einsatzstab“ aus Offizieren aller Teilstreitkräfte ausgestattet. So feiert der deutsche Generalstab Wiederauferstehung. Damit ist vor allem auch eine entscheidende Bedingung geschaffen, umfassende militärische Planung außerhalb der NATO-Strukturen zu betreiben – d.h. eine Planung, die alle, wirklich alle möglichen Kriegsfälle umfasst.

UNGLEICHHEIT VERTIEFT (1). Der am 9. September in erster Lesung behandelte Gesetzentwurf zur Familienförderung, mit dem die Bundesregierung das Familienurteil des BVerfG umzusetzen trachtet, bevorzugt die Besserverdienden. Von den 20 DM mehr Kindergeld haben die Sozialhilfshaushalte nicht einen Pfennig mehr, die Kindergelderhöhung wird voll auf die Sozialhilfe angerechnet. Wer Steuervorteile geltend machen kann, kann vom Staat pro Monat bis zu 420 DM für sein Kind bekommen, das heißt 150 DM mehr als Geringverdienende. Alleinerziehende können Kinderbetreuungskosten künftig nur noch in Höhe von 3.000 DM statt wie bisher 4.000 DM steuerlich geltend machen. Demgegenüber fordert die PDS die Zahlung eines einheitlichen Kindergeldes an alle Kinder; die Streichung des Ehegattensplittings würde 60 Mrd. DM bringen, mit denen dies locker gezahlt werden könnte.

UNGLEICHHEIT VERTIEFT (2). Nach Informationen der „Süddeutschen Zeitung“ (7.9.) hat Finanzminister Eichel den Plan gefaßt, weitere 1,8 Mrd. DM an den Arbeitslosen, und zwar an denen mit Kindern, „einzusparen“. Bisher erhalten alleinstehende Arbeitslose Arbeitslosengeld in Höhe von 60% des letzten Netto-Lohns bzw. Arbeitslosenhilfe von 53%, Arbeitslose mit Kindern jedoch 67% bzw. 57%. Die Kürzung auf ebenfalls 60% bzw. 53% entzöge dieser Personengruppe 1,8 Mrd. DM. Zwar will, so heißt es, Riester diesen Plan nicht akzeptieren; da er sich jedoch verpflichtet hat, noch ca. 2,4 Mrd. DM aus seinem Haushalt wegzukürzen, sei er unter Zugzwang. Aus der CDU kommt der Vorschlag, für alle Arbeitslosen das Arbeitslosengeld im 1. Monat ganz zu streichen.

MISSIONIERUNG. Zehn evangelische Schulen hat die EKD im letzten Jahr in den neuen Bundesländern gegründet, in diesem Jahr sind es acht: ein Gymnasium und sieben Grundschulen, die den nahtlosen Übergang vom Kindergarten in die Schule gewährleisten sollen.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? In dieser Woche berät der Bundestag das *Haushaltsgesetz 2000, den Finanzplan des Bundes 1999-2004* und das *Haushaltssanierungsgesetz*.

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

Gelingt es, die Gewerkschaften mit dem Bündnis für Arbeit an die Kette zu legen?

Wenn etwas klar ist bei all den verwirrenden Diskussionen um Themen und Lösungsansätze rund um das Bündnis für die Arbeit, dann sind es die Zielsetzungen der Arbeitgeberverbände (BDA). Das Bündnis müsse „ran an den Speck des Sozialstaates“, forderte Arbeitgeberpräsident Hundt im April, er erwarte sich die Klärung der „Randbedingungen einer Unternehmenssteuerreform“ und der „Grundpfeiler der Reform der Sozialversicherungssysteme“ („deutliche Senkung der Sozialversicherungsquote und der Unternehmenssteuer“) im Verlauf der nächsten zwölf Monate.¹ Die BDA hat ihre diesbezüglichen Ziele im „Konzept für die 14. Legislaturperiode“ exakt dargelegt und verfolgt diese konsequent und recht erfolgreich, z.B. in der Steuerpolitik, im Rahmen des Bündnisses. Daneben trommelt die BDA von Anfang an ununterbrochen für die „Einbeziehung der Tarifpolitik“ in das Bündnis. Dahinter verbirgt sich das Ziel einer umfassenden Neuordnung der gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen und der Entmachtung der Gewerkschaften.

Bereits im Vorfeld des 1. Spitzengesprächs im Dezember 1998 drängte die Deutsche Bank auf „Lohnleitlinien“. Im

Februar drohten Hundt und Henkel (BDI), ein Bündnis für Arbeit ohne Einbeziehung einer tarifpolitischen Grundvereinbarung zwischen den Tarifparteien sei undenkbar. Anfang April war der ÖTV-Vorsitzende Mai so weit weichgeklopft, dass er sich (unterstützt von Schmoldt, IG BCE) die Festlegung von „Lohnkorridoren“, „Empfehlung von Obergrenzen für Lohnsteigerungen“ mit „Signalwirkung auf die Tarifverhandlungen“, im Rahmen des Bündnisses vorstellen konnte. Die IG Metall lehnte, unterstützt von weiteren Gewerkschaften, strikt ab: „Die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen habe auch etwas mit gesellschaftlicher Macht zu tun, erklärte Zwickel. Einer der Machtfaktoren seien die Arbeitgeber, die jede Schwäche der Gegenseite sofort zum Aushandeln niedriger Löhne nutzten und so ihre Gewinne erhöhten. Deshalb sei gewerkschaftliche Gegenmacht notwendig, und die IG Metall habe nicht die Absicht, diese Machtposition aufzugeben.“ Mit der IG Metall sei die „gemeinsame Erhebung makroökonomischer Daten als Grundlage zur Tarifpolitik“ machbar, mehr aber nicht.² Die IG Metall roch das Ziel der

Arbeitgeber: „Neuaufgabe der Konzentrierten Aktion mit konkreten Absprachen über verbindliche Lohnleitlinien“, und Zwickel drohte mit dem Scheitern des Bündnisses.

Anfang Mai setzte Hundt (BDA) nach und forderte die „Einbeziehung der Tarifpolitik“: „in dem Sinne, dass ein Grundkonsens über eine mittelfristige oder längerfristige Tarifpolitik zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften erzielt wird“³, und von Stumpfe (Gesamtmetall) verlautete, ohne Verständigung über „beschäftigungsoorientierte Tarifpolitik“ bleibe das Bündnis ein „Tosso“.⁴

Ende Mai kündigte Zwickel eine „Geogenoffensive“ gegen die „Erpressungsversuche der Arbeitgeber“ an. Die Wirtschaftsverbände wollten durch „Trommelfeuer“ auf die neue Bundesregierung jede weitere Reform zugunsten der Arbeitnehmer verhindern, sie würden ständig die eigenen Interessen zum Maßstab aller Dinge machen und missbrauchten das Bündnis, um ohne verbindliche Beschäftigungszusagen große Steuerentlastungen zu bekommen. Kategorisch lehnte er abermals die Vereinbarung von

Dokumentiert **Konzept der BDA für die 14. Legislaturperiode**

Altersvorsorge durch Rentenreform II sichern
Die beitragsfinanzierte Rente wird künftig weniger eine Lebensstandardsicherung und zunehmend eine Basis sicherung sein. Die eigenverantwortliche Vorsorge gewinnt als Ergänzung erheblich an Bedeutung. Der Rentenbeitragssatz lässt sich so dauerhaft auf unter 19 Prozent senken.

Wir wollen für die gesetzliche Rentenversicherung eine Rentenreform II:

1. in der Rentenanpassungsformel:
 - die demographische Entwicklung voll berücksichtigen und
 - eine zusätzliche Arbeitsmarktkomponente einbauen, ...

Umfassende Strukturreform in der Gesundheitspolitik durchführen

Die gesetzliche Krankenversicherung werden wir nur leistungsfähig und kostengünstig gestalten können, wenn wir sie zu einer Basis sicherung weiterentwickeln und auf diejenigen Risiken konzentrieren, die der einzelne nicht selbst tragen kann. Der Beitragssatz lässt sich so dauerhaft auf unter 12 Prozent senken.

Wir brauchen eine umfassende Strukturreform:

1. Leistungen auf das medizinisch Notwendige konzentrieren,
2. Arbeitgeberbeitrag auf die Hälfte des Beitragssatzes der jeweils günstigsten wählbaren Krankenkasse festschreiben, höchstens auf 6 Prozent des beitragspflichtigen Arbeitsentgelts,
3. versicherungsfremde Leistungen aus dem

Aufgabenkatalog herausnehmen, ...

Pflegeversicherung auf Basissicherung konzentrieren

In der gesetzlichen Pflegeversicherung darf es nicht zu einer Ausweitung der Leistungen kommen. Die Jahr um Jahr gestiegenen Überschüsse sind an die Beitragszahler zurückzugeben. Wir wollen daher:

1. die Rücklage von über 10 Mrd. DM auf den gesetzlich vorgesehenen Umfang von 4 Mrd. DM zurückführen,
2. den gesetzlich festgeschriebenen Beitragssatz um 0,2 Prozentpunkte auf 1,5 Prozent senken, ...

Unfallversicherung grundlegend reformieren

Die Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung sollen auf den Kernbereich konzentriert, nur die jeweils notwendigen Leistungen erbracht sowie die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung verbessert werden. Wir streben an:

1. Leistungskatalog – wie in der gesetzlichen Krankenversicherung – auf das medizinisch Notwendige konzentrieren, Wegeunfälle aus dem Leistungskatalog ausgliedern und in die Kranken-, Kfz-Haftpflicht- und private Unfallversicherung einordnen ...

Arbeitsmarkt flexibilisieren und Arbeitslosenversicherung reformieren

Die gesetzliche Arbeitslosenversicherung ist auf eine Basis sicherung zu konzentrieren. Der Beitragssatz kann dadurch auf unter 5 Prozent gesenkt werden.

Arbeitsmarktpolitik soll beinhalten:

1. Kombi-Einkommen-Konzept der BDA ver-

wirklichen, d.h.

- Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zusammenfassen ...

Wir wollen für die gesetzliche Arbeitslosenversicherung:

1. Beitragsbemessungsgrenze auf dem West-Niveau von 8.400 DM im Monat einfrieren, bis diese dem durchschnittlichen gesamtdeutschen Bruttoarbeitsentgelt entspricht,
2. Begrenzung der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf einheitlich 12 Monate,
3. Arbeitslosengeld auf einheitlich 60% des Nettoverdienstes festzuschreiben, ...

Petersberger Steuerkonzept verwirklichen

... Wir fordern eine umfassende Steuerreform gemäß dem Petersberger Konzept

- mit einer spürbaren Nettoentlastung von mindestens 30 Mrd. DM, ...

Arbeitsrecht modernisieren und flexibilisieren

Wir wollen Beschäftigungshemmnisse im Arbeitsrecht beseitigen, die Gestaltungsfreiheit der Vertragsparteien stärken und die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen erhöhen. Dafür ist anzustreben:

1. Bisher zwingende und starre Vorschriften müssen dispositiv gestaltet werden. Einzelvertragliche Abweichungsmöglichkeiten von bisher zwingenden Schutzvorschriften sind zuzulassen ...
2. Der Anwendungsbereich des § 613a BGB, d.h. die zwingende Übernahme aller Arbeitnehmer im Falle eines Betriebsübergangs, soll eingeschränkt werden, um den Betriebserwerb zu erleichtern und die Sanierungschancen zu erhöhen, insbesondere im Insolvenzfall ...

Lohnleitlinien oder Lohnkorridoren ab.⁵

Stumpfe (Gesamtmetall) erklärte, die Tarifpolitik müsse in das Bündnis aufgenommen werden, um „so etwas ähnliches wie Leitplanken zu vereinbaren und innerhalb dieser Tarifpolitik zu betreiben“. Andernfalls „macht es keinen Sinn, weiter über das Bündnis zu reden“.⁶ Ende Juni nach Ankündigung des Sparpakets der Bundesregierung sah er verbesserte Ausgangsbedingungen für das Bündnis, „die geplante Unternehmenssteuerreform und die Reformen der Sozialversicherungssysteme seien Schritte in die richtige Richtung. Wichtig seien nun moderate Erhöhungen der Löhne“.⁷

Beim 3. Spitzengespräch am 6.7. vereinbarten DGB und BDA: „Um Arbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen, ist auch eine mittel- und langfristig verlässliche Tarifpolitik erforderlich. Produktivitätssteigerungen sollen vorrangig der Beschäftigungsförderung dienen ...“ Wenn auch gleichzeitig die „uneingeschränkte Tarifautonomie“ betont wurde, so gelang den Arbeitgebern doch insoweit ein Durchbruch, als das Thema Tarifpolitik künftig fester Bestandteil des Bündnisses sein wird und dabei auf die politische Festlegung der Verwendung von Produktivitätssteigerungen abzielt wird.

Seither geht es um die Interpretation dieser Passage und die Absteckung der Positionen für weitere vereinbarte Gespräche. (Am 21.9. lädt Riester Arbeitgeber und Gewerkschaften zum „Rentengespräch“, für den 29.9. – noch vor dem IG Metall-Gewerkschaftstag – wurde ein „Sondierungsgespräch“ zwischen den Spitzen von Gesamtmetall und IG Metall in Frankfurt vereinbart.) Am 19.8. legte Gesamtmetall ein Positionspapier mit acht zentralen Punkten zur Reform der Tarifpolitik und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor: „Ein wesentlicher Teil des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts müsse den Betrieben zugute kommen. Dieser Teil darf nicht für Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen verbraucht werden.“⁸ Stumpfe plädierte für „moderate Tarifabschlüsse“, kaum mehr als ein Prozent.

Dagegen Zwickel: „Differenzierte Forderungen – Inflationsausgleich für Lohnerhöhungen, Produktivitätszuwächse zur Finanzierung der Verkürzung der Arbeitszeit, also zur Sicherung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen – erheben wir sei langem.“⁹ Ein Teil des Produktivitätsfortschrittes könne für Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung verwendet werden, z.B. für einen Tariffonds für eine vorgezogene Rente ab 60. „Mit uns ist eine moderate Lohnpolitik nicht zu machen, die IG Metall ist nicht der billige Jakob der Nation.“¹⁰ *cls*

(1) Handelsblatt, 8.4.99; (2) Handelsblatt, 26.4.99; (3) Berliner Zeitung, 3.5.99; (4) FAZ, 21.5.99 und SZ, 19.5.99; (5) Handelsblatt, 10.6.99; (6) Handelsblatt, 17.6.99; (7) Stuttgarter Zeitung, 28.6.99; (8) SZ, 20.8.99; (9) Die Mitbestimmung, 8/99; (10) SZ, 10.09.99

Bündnis für Arbeit ... und Wettbewerbsfähigkeit

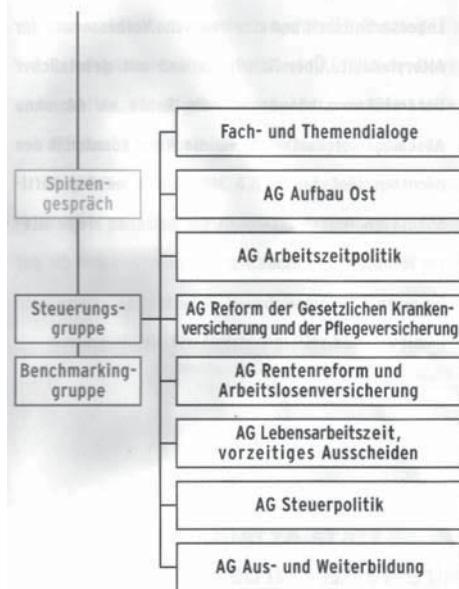
Das erste Bündnis für Arbeit auf Bundesebene platzte im April 1996 nach vier Monaten, weil die Gewerkschaften Kanzler Kohl Wortbruch wegen der Kürzung der Lohnfortzahlung auf 80 Prozent vorwarfen. Eine erneuter Anlauf unter der neuen Bundesregierung begann mit einem ersten Spitzengespräch am 7.12.98. Regierung (Schröter, Müller, Riester, A.Fischer, Buhlmahn, Steinmeier), Arbeitgeberverbände (Henkel, Hundt, Philipp, Stihl) und Gewerkschaften (Schulte, Issen, Zwickel, Schmoldt, Mai) einigten sich darauf, die inhaltliche Arbeit in eine Reihe von Arbeitsgruppen unter Leitung von Bundesministern zu verlagern. „Motor des Bündnisses“ sollte die Steuerungsgruppe werden. In ihr arbeiten unter Leitung des Kanzleramtsministers die Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeberverbände und Vertreter der Gewerkschaftsvorsitzenden (in der Regel Büroleiter, Leiter Grundsatzfragen) mit.

Ofters hört man Gewerkschaftsvertreter vom „Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ sprechen, Entsprechendes versprach man sich wohl von einem Bündnis für Arbeit unter einer rot-grünen Regierung, die richtige Bezeichnung lautet jedoch „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“.

Mittlerweile fanden zwei weitere Spitzengespräche am 25.2.99 und am 6.7.99 statt. Nach monatelangen Streitigkeiten um Inhalte und Konzepte des Bündnisses gelang es beim 3. Spitzengespräch am 6.7.99 – kurz nach der Verabschiedung des Sparpakets und der Unternehmenssteuerreform durch das Bundeskabinett Ende Juni – in der „Gemeinsamen Erklärung“, neun Themenfelder und teilweise auch deren Lösungsrichtung abzustecken.

Unter dem Punkt „Zukunftsprogramm 2000“ wird ein „Kurs der Finanzpolitik“

Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit.



begrüßt, der „eine nachhaltige Konsolidierungspolitik beinhaltet“. Unter dem Punkt „Unternehmenssteuerreform“ mussten sich die Gewerkschaftsvertreter Aussagen aufdrücken lassen, die wohl bei jedem Gewerkschaftstag Entrüstung hervorrufen würden: „Das von der Bundesregierung geplante Konzept zur Unternehmenssteuerreform wird von den Bündnispartnern in seiner Zielrichtung begrüßt ... Die vorgesehene niedrige Besteuerung der Unternehmenserträge erscheint geeignet, die Investitionstätigkeit allgemein zu fördern und besonders auch die Attraktivität des deutschen Standorts für internationale Direktinvestitionen zu erhöhen. Dies wird auch dem Arbeitsmarkt zugute kommen.“

Daneben einigte man sich u.a. auf eine „mehrjährige Offensive zum Abbau des Fachkräftemangels im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien“ (Das „Informatiker-Loch“ – 75.000 Stellen nicht besetzt – bedingt ein relativ hohes Gehaltsniveau im IT-Bereich.)

In der Arbeitsgruppe „Benchmarking“ unter Leitung des Kanzleramtes sollen u.a. „Optionen für eine Verbesserung der Erwerbschancen von Geringqualifizierten“ erarbeitet werden. „Ziel ist es, insbesondere Langzeitarbeitslose und erwerbsfähige Bezieher von Sozialhilfe wieder in das Arbeitsleben zu integrieren.“

Auf den „Niedriglohnbereich“ zielen auch einige Experimente, Modellversuche von Bündnissen für Arbeit auf Ebene der Bundesländer. In Bayern erhalten Arbeitgeber z.B. 50 % Lohnzuschüsse, wenn sie, statt Überstunden zu fahren, Arbeitslose einstellen. In NRW wird mit 250 Langzeitarbeitslosen in ausgesuchten Betrieben das „Kombilohn-Modell“ (Subventionierung von Sozialabgaben) erprobt.

Bereits im Mai war es zum offenen Konflikt um ein vom damaligen Kanzleramtsminister Hombach vorgelegtes Konzept „Initiative zur Schaffung von mehr

Arbeitsplätzen bei Dienstleistungsunternehmen“ gekommen. Im Kern sah das Konzept die Subventionierung der Lohnnebenkosten vor, die Details waren von den Soziologen Streeck und Heinze im Rahmen der AG Benchmarking („Internationaler Vergleich arbeitsmarktpolitischer Strategien“), finanziert von der Bertelsmann-Stiftung, ausgearbeitet worden. Hombach hatte ein Potential von 8,4 Millionen Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich beziffert. Der IG-Metall-Vorsitzende Zwickel sprach von „Erpressung“ und „Aktionismus“ und drohte, „ein Bündnis mit einem solch einseitigen Schwerpunkt werde es mit den Gewerkschaften nicht geben“.

Weitere Themenfelder sind „Ausbildung“, „Tarifpolitik“, „Altersteilzeit“, und „Rente / Früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben“ (siehe auch S. 3),

Das nächste Spitzengespräch des Bündnisses ist für den Herbst 1999 terminiert.

Die D-Mark siegt im Kosovo

Während mehr als 220.000 Menschen nach dem Einmarsch der Nato geflohen sind bzw. vertrieben wurden, machen sich im Kosovo die „Befreier“ weiter breit. 6.200 Mann Bundeswehr sind inzwischen im Kosovo und den Nachbarstaaten stationiert, von 40.000 Mann KFOR-Truppen also fast ein Sechstel. Mit Generalmajor Klaus Olshausen stellt die Bundeswehr auch den Stellvertreter des Gesamtbefehlshabers von KFOR.

Ende August führte der Befehlshaber des deutschen „Heeresführungskommandos“, Generalleutnant Rüdiger Drews, bei einer Feierstunde zusätzlich den neuen „Nationalen Befehlshaber der deutschen KFOR-Einheiten“, General Friedrich Riechmann, in sein Amt ein. Drews geriet dabei richtig ins Schwärmen. „Bewegte Monate liegen hinter uns“, zitiert ihn die dpa am 28. August, „so ereignisreich wie sonst Jahre.“ Knapp eine Woche später, am 6.9., folgte ein dpa-Bericht aus dem KFOR-Hauptquartier, Überschrift: „Deutscher Oberst führt das Nervenzentrum der Friedenstruppe KFOR“. Oberst Hans-Christoph Ammon darf darin den von ihm befahlten Operationsraum als „das geheiligte Gebiet“ der KFOR vorstellen.

Damit solch Bombenstimmung der Truppe nicht nachlässt, hat Verteidigungsminister Scharping Verbesserungen beim Nachschub angekündigt. Die „Soldatenpost nach Kosovo wird beschleunigt“ (AP, 8.9.99), Kosten: schlappe 5 Millionen DM.

Auch die Kriminalitätsbekämpfung im Kosovo kommt langsam in deutsche Hand. 82 deutsche UN-Polizisten sind schon da, berichtete der Leiter der zuständigen Bund-Länder-Arbeitsgruppe, NRW-Polizeiinspekteur Ulrich Dugas, am 29. August. Einen Tag später flogen weitere 115 deutsche Polizisten ins Kosovo. Hinzu kommen 28 Beamte des BKA und der Landeskriminalämter, die dort für das Haager Kriegsverbrechertribunal ermitteln. Insgesamt will die UNO 3.100 Polizeibeamte ins Kosovo schicken, 800 sind bereits vor Ort. Ein Viertel der Polizei im Kosovo ist zur Zeit „deutsch“.

Parallel dazu soll von der OSZE eine „lokale Polizei“ aufgebaut werden. Dieser „lokale Polizeiaufbau“ ist faktisch der Aufbau einer ethnisch rein albanischen Polizei. Am 8. September begann

die Ausbildung der ersten 200 Rekruten. Nur 9 der ursprünglich 20 serbischen Rekruten erschienen, die übrigen hatten aufgrund von Drohungen gar nicht erst angefangen. Zwei der serbischen Rekruten wurden dann gleich zu Beginn aufgrund albanischer Beschuldigungen festgenommen, die übrigen 7 verzichteten darauf auf jede Mitarbeit (dpa, 8.9.99).

Derweil bereitet das Auswärtige Amt den Einsatz von zivilem Führungspersonal vor. Zur ersten Ausbildung sog. „ziviler Friedensfachkräfte“ im Auswärtigen Amt – auf dem Ausbildungsplan dieser „Zivilisten“ stehen auch „praktische Übungen“ auf dem Bundeswehr-Truppenübungsplatz in Hammelburg – hatten sich, so der grüne Staatsminister Vollmer, 300 Interessierte gemeldet, von denen 21 für den ersten Kurs ausgewählt wurden. Ein Grund für den Andrang: Von der Bundesregierung erhalten die „Friedensfachkräfte“ monatlich 6.000 bis 7.500 DM brutto „plus OSZE-Tagegelder“, so die katholische Nachrichtenagentur KNA (1.9.99).

Während Verteidigungsminister Scharping bereits an seinem Kriegstagebuch schreibt – „Wir dürfen nicht wegsehen. Der Kosovo-Krieg und Europa“, soll sein Titel lauten, noch im September soll es erscheinen –, teilt General Klaus Naumann, Ex-Vorsitzender des Nato-Militärausschusses, der Öffentlichkeit am 1. September, dem 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, in einem AP-Gespräch mit, die Nato befindet sich „mittler in der zweiten Phase des Kosovo-Krieges“. Jetzt gelte es, die UCK in die Schranken zu weisen. Ganz so ernst wird das nicht gemeint sein, denn die KFOR will aus den Truppen der UCK 3.000 bis 4.000 Freiwillige als „Truppe mit Sicherungsaufgaben“ rekrutieren, die auch in Zukunft „leichte Waffen“ tragen (dpa, 4.9.99). Trotzdem: Auch der Frankfurter Grüne Tom Koenigs, jetzt an der Balkanfront tätig, will der UCK „deutlich die Grenzen aufzeigen“ (ap, 27.8.99), zu deutsch: zeigen, wer Boss und wer Hiwi ist im Kosovo. Naumann ergänzt, er habe die UCK ohnehin „niemals als eine Gruppierung betrachtet, die qualifiziert gewesen wäre, in der Liga der Engel mitzuspielen“ (AP, 1.9.99). Auf dem Balkan, so Naumann, gebe es keine Guten und Bösen, nur Starke und Schwache. Klar doch, die Guten sind wir, zu Befehl, Herr Generalfeldmarschall!

Derweil läuft in Wirklichkeit schon Phase Drei der Nato-Okkupation des Balkan ab: Der Wirtschaftskrieg gegen Serbien und die Zerstörung der letzten noch verbliebenen regionalen Wirtschaftsbeziehungen. Am 1. September hatte der „Kosovo-Firmenpool“, eine Initiative der IHK Dortmund und der VEW AG, lt. dpa gedrängt, seine 450 Mitgliedsfirmen aus dem Bundesgebiet warteten auf eine „schnelle Vergabe“ von Wiederaufbauprojekten der EU auf dem Balkan.

Am 3. September verlautete dann vom Leiter der UN-Mission im Kosovo (UNMIK), Bernard Kouchner, die UNMIK habe die jugoslawischen Währungsbestimmungen im Kosovo mit sofortiger Wirkung aufgehoben und eine Zollordnung und ein neues Finanzsystem beschlossen. Der jugoslawische Dinar, bisher bei vielen Geschäftsleuten, in Bars und unter Händlern noch bevorzugte Währung, werde von der UN-Verwaltung nur noch gegen Zahlung einer Zusatzgebühr als Zahlungsmittel genommen. Stattdessen werde die D-Mark zur dominierenden Währung, Steuern an die UNMIK sollten künftig in D-Mark entrichtet werden, Zölle an den Außengrenzen des Kosovo müssten ebenso wie UNMIK-interne Zahlungen in D-Mark entrichtet werden. Die jugoslawische Regierung in Belgrad wurde zu der neuen Verfügung nicht einmal konsultiert.

Wirtschaftlich bedeutet der UN-Bechluss eine weitere Zerstörung der wirtschaftlichen Verbindungen des Kosovo mit dem übrigen Jugoslawien. Die D-Mark sei bereits im Vorfeld des Nato-Angriffs im Kosovo weit verbreitet gewesen, schreibt die Presse. Die 500 Mio. Euro „Hilfszahlungen“ der EU in den Kosovo und die umliegenden Staaten seit dem Einmarsch der Nato hatten den Anteil der D-Mark bei allen Transaktionen weiter erhöht. Nun wird die D-Mark auch offiziell Hauptwährung der Truppen und fremden Verwaltungen im Kosovo. Für die wenigen noch im Kosovo verbliebenen staatlichen jugoslawischen Betriebe bedeutet die Währungsumstellung das endgültige Aus. Sofern sie nicht ohnehin infolge der Kriegsschäden oder aus anderen Gründen stillgelegt waren, müssten sie nun bei der jugoslawischen Regierung in Belgrad ihre Dinar-Bestände in D-Mark umtauschen, um überhaupt Zahlungen tätigen zu können. Die Regierung in Belgrad aber hat keine West-Devisen und wird diese wegen des anhaltenden Embargos der EU auch in absehbarer Zeit nicht bekommen. Somit können die verbliebenen Staatsbetriebe im Kosovo jede Hoffnung auf Wiederaufnahme ihrer Produktion aufgeben und nur noch hoffen, von der Nato-Verwaltung irgendwelchen neuen Eigentümern zugeschlagen zu werden. Deutlicher kann man nicht unterstreichen, wer hier wirtschaftlich das Kommando führt.

Am gleichen Tag berieten die Außenminister der EU eine „Lockung“ des Wirtschaftsembargos gegen Jugoslawien. Geplant ist, die Teilrepublik Montenegro vom Ölembargo gegen das übrige Jugoslawien auszunehmen. Bis letzten Freitag sollte im schriftlichen Verfahren über diese „Lockung“ entschieden werden, die die Bevölkerung in Jugoslawien weiter zum Frieren verurteilt und die Wirtschaft dort weiter ruiniert, während in Montenegro und im Kosovo Schmuggel und Schwarzmarktgeschäfte weiter aufblühen.

rül

Im Kosovo hat die NATO eine Herrschaft des Terrors errichtet

Von Michel Chossudovsky

Dieser Text wurde am 31. Juli 1999 im International Action Center in New York der Unabhängigen Untersuchungskommission zur Erforschung der U.S.-/Nato-Kriegsverbrechen gegen das jugoslawische Volk vorgelegt (von der Redaktion leicht gekürzt).

Massaker von Zivilisten im Kosovo

Während sich die Aufmerksamkeit der Welt auf Truppenbewegungen und Kriegsverbrechen konzentrierte, wurden die Massaker von Zivilisten, die dem Ende der Bombardierung auf dem Fuße folgten, beiläufig als „berechtigte Racheakte“ abgetan. Im besetzten Kosovo wird mit „doppelten Standards“ gemessen, wenn es darum geht, Kriegsverbrechen einzuschätzen. Die Massaker, denen Serben, Roma und andere ethnische Gruppen zum Opfer gefallen sind, waren auf Anordnung des militärischen Oberkommandos der „Kosovo-Befreiungsarmee“ der UCK verübt worden.

Die Nato streitet jegliche UCK-Beteiligung ab. Diese sogenannten „unmotivierten Akte von Gewalttätigkeit und Vergeltung“ werden nicht als „Kriegsverbrechen“ erfasst, und folglich fallen sie nicht in den Verantwortungsbereich der zahlreichen Untersuchungsbeamten von FBI und Interpol, die unter den Auspizien des Internationalen Tribunals für Kriegsverbrechen in Den Haag ins Kosovo geschickt wurden. Damit nicht genug; während Nato stillschweigend die selbsternannte provisorische Regierung der UCK unterstützt, bewegen sich die für die Massaker verantwortlichen UCK-Kommandanten unter dem Schutz der KFOR, die eigentlich die internationale Sicherheitsstreitmacht im Kosovo darstellen sollte. Durch diese Vorgehensweise machen sich die Vertreter der Nato und der UNO mitschuldig an den Massakern von Zivilisten.

„Häuser und Geschäfte der Serben sind konfisziert, geplündert oder abgefackelt worden. Die Serben sind verprügelt, vergewaltigt und getötet worden. In einem der drastischeren Ereignisse vandalisierten UCK-Truppen ein Kloster, terrorisierten den Priester und eine Gruppe von Nonnen mit Maschinengewehrfeuer und vergewaltigten mindestens eine der Nonnen. Die Unfähigkeit der Nato – oder ist es mangelnde Bereitschaft –, die UCK richtig zu entwaffnen, hat auch für die Nato-Truppen eine sehr ernste Situation heraufbeschworen.“²

Der für Flüchtlinge zuständige Hohe Kommissar der Vereinten Nationen (UN-HCR) bestätigte: „In den sieben Wochen,

seitdem die Nato-geführten KFOR-Truppen ins Kosovo einmarschiert sind, haben mehr als 164.000 Serben die Provinz verlassen. (...) Es folgte eine Welle von Brandstiftungen und Plünderung der Häuser von Serben und Roma, die quer durch das Kosovo geht.“³

Die Serben und Roma, die im Kosovo geblieben sind, wurden wiederholt Opfer von Belästigungen, Einschüchterungen und brutaler Gewalttakte. Am schlimmsten ist die Serie von Morden und Entführungen, die sich seit Mitte Juni gegen Serben richtet, einschließlich des Massakers von serbischen Bauern Ende Juli.

Politische Morde

Die selbsternannte provisorische Regierung des Kosovo (PRK) hat auch die Ermordung ihrer politischen Konkurrenten befohlen, einschließlich der „loyalen“ Kosovo-Albaner und der Anhänger von Rugovas Demokratischer Liga des Kosovo (DLK). Diese Morde wurden in einem Klima durchgeführt, in dem niemand auch nur versucht hätte, die Taten zu verhindern. Statt wegen Kriegsverbrechen inhaftiert zu sein, stehen die Führer der UCK unter dem Schutz der KFOR. Noch während des (Nato-)Bombardements veröffentlichte das Foreign Policy Institute in den USA einen Bericht, wonach die UCK keinerlei Bedenken hatte, „einen Mitarbeiter von Rugova zu ermorden, den die UCK des ‘Verbrechens’ der Mäßigung beschuldigte. Die UCK erklärte Rugova zum ‘Verräter’, ein weiterer Schritt, um alle möglichen Konkurrenten um die Macht im Kosovo zu eliminieren.“⁴

Bereits im Mai 99 war Fehmi Agani, einer von Rugovas engsten Mitarbeitern in der DLK, ermordet worden. Der Nato-Sprecher Jamie Shea beschuldigte seinerzeit die Serben dieser Tat. Aber die mazedonische Zeitung „Makedonija Danas“ enthüllte, dass Agani im Auftrag des selbsternannten Premierministers Hashim Thaci executiert worden ist.⁵ Wenn er (Thaci) tatsächlich in Rugova eine Bedrohung seiner Machtansprüche sehen würde, dann würde er nicht zögern, Rugova von der politischen Landschaft des Kosovo zu entfernen.⁶

Die UCK hat bereits zahlreiche Fachleute und Intellektuelle entführt und getötet: „Privates und Staatseigentum ist gefährdet. In Massen werden die Besitzer von Häusern und Apartments unter Drohungen und Gewaltanwendungen aus ihren Wohnungen vertrieben. Häuser und ganze Dörfer werden gebrandschatzt. Kulturelle und religiöse Denkmäler werden zerstört. Besonders schlimm waren die Ereignisse im Krankenhauszentrum



von Pristina: Das professionelle Management, die Ärzte und das Pflegepersonal wurden misshandelt und vertrieben.“⁷

Aber sowohl die Nato als auch die UNO ziehen es vor, nichts zu sehen. Der Interim-Verwalter der UNO, Bernard Kouchner (ein ehemaliger französischer Minister für Gesundheit), und KFOR-Kommandant Sir Michael Jackson haben ein gutes routinemäßiges Arbeitsverhältnis mit „Premierminister“ Hashim Thaci und dem UCK-Stabschef, Brigadegeneral Agim Ceku, aufgebaut.

Greuelarten gegen Roma

Die ethnische Säuberungen durch die UCK richten sich auch gegen die Volksgruppe der Roma, die vor dem Konflikt im Kosovo etwa 150.000 Menschen zählte. (Die Zahl basiert auf Angaben der Roma-Gemeinschaft in New York). Ein großer Teil des Roma-Bevölkerung ist bereits nach Montenegro und Serbien geflohen. Die Presse berichtete, dass Roma, die mit dem Boot nach Südalien geflohen waren, von den italienischen Behörden wieder nach Hause geschickt worden sind.⁸

Die UCK hat auch die systematische Plünderung und Brandschatzung der Häuser der Roma-Gemeinschaft angeordnet: „Alle Häuser und Siedlungen der Roma, wie z.B. die 2.500 Häuser im Wohngebiet ‚Mahala‘ der Stadt Kosovska Mitrovica, sind geplündert und verbrannt worden.“⁹

Die Medienberichte über die Grausamkeiten, die die UCK an den Roma begangen hat, werden jedoch in bekannter Art und Weise verfälscht. So berichtete die BBC: „Zigeuner werden von Kosovo-Albanern beschuldigt, mit den Serben kolaboriert zu haben, weshalb auch sie Opfer von Vergeltungsangriffen geworden sind. (Und die Wahrheit ist, dass einige vermutlich kolaboriert haben.)“¹⁰

Errichtung einer paramilitärischen Regierung

Während die politischen Führer des Westens ihre Unterstützung für Demokratie in die Welt hinausposaunen, ist der Staatsterrorismus zu einem wesentlichen Bestandteil des Nato-Nachkriegsdesigns für das Kosovo geworden. Die politische Rolle für die UCK in der Periode nach dem Krieg war schon lange vorher ausgearbeitet worden. Schon vor der Konferenz in Rambouillet war der UCK eine zentrale Rolle in der Bildung einer Kosovo-Regierung nach Beendigung der Krise versprochen worden. Die geheimen Pläne sa-



Von links nach rechts:
Brennendes serbisches Haus, Särge der Opfer des Massakers von Gracko, serbische Flüchtlinge, UCK-Einheit

hen dabei vor, die paramilitärische UCK in eine legitime, zivile Verwaltung umzuwandeln.

Aussage des Sprechers des US-Außenministeriums James Foley (Februar 1999): „Wir möchten ein gutes Verhältnis zu ihnen [der UCK] aufbauen, während sie sich in eine politisch orientierte Organisation verwandeln. Wir glauben, dass wir ihnen jede Menge gute Ratschläge und Hilfe geben können, falls sie sich in genau die politische Kraft verwandeln, die wir wollen.“¹¹ Das heißt nichts anderes, als dass das US-Außenministerium schon lange geplant hatte, der „provisorischen Regierung“ der UCK zu erlauben, die zivilen Institutionen des Staates zu leiten. Unter der „indirekten Herrschaft“ der Nato hat die UCK bereits Bürgermeisterämter und andere öffentliche Ämter übernommen, einschließlich Schulen und Krankenhäuser. Rame Buja, der UCK-„Minister für kommunale Verwaltung“, hat in 23 von 25 städtischen Verwaltungen den Bürgermeister ernannt.¹²

Unter der Herrschaft der Nato hat die UCK die Position der von ethnischen Albanern ordnungsgemäß gewählten provisorischen Kosovo-Regierung des Präsidenten Ibrahim Rugova übernommen. Die selbsternannte UCK-Regierung hat Rugova als Verräter deklariert und die im März 1998 (parallel) abgehaltenen parlamentarischen Wahlen der Kosovo-Albaner für ungültig erklärt.

Diese Position ist im wesentlichen von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterstützt worden, die nach Kriegsende von der UNMIK mit der Aufgabe des „demokratischen Aufbaus“ und des „guten Regierens“ im Kosovo betraut worden war. Stattdessen haben die OSZE-Beamten bereits ein gutes Arbeitsverhältnis zu den UCK-Vertretern aufgebaut.¹³

Die provisorische UCK-Regierung besteht aus dem politischen Flügel der UCK und der demokratischen Anschlussbewegung (LBD), eine Koalition von fünf Parteien, die in Opposition zu Rugovas Demokratischer Liga stehen. Außer dem Amt des Premierministers kontrolliert die UCK das Finanzministerium, das Ministerium für öffentliche Sicherheit und das Verteidigungsministerium. Die UCK hat auch die ausschlaggebende Stimme im Übergangsrat für das Kosovo, der von Mr. Bernard Kouchner eingerichtet wurde. Die provisorische UCK-Regierung hat außerdem Verbindungen zu einer Anzahl

von westlichen Regierungen hergestellt. Während die UCK unter Leitung der OSZE angefeuert wurde, zivile Institutionen zu leiten, wurden die Mitglieder der ordnungsgemäß gewählten Kosovo-albanischen (provisorischen) Regierung der demokratischen Liga (Rugovas DKL) in brüsker Weise kaltgestellt und davon ausgeschlossen, eine sinnvolle politische Rolle zu spielen.

US-Militärhilfe

Obwohl sich die Nato verpflichtet hatte, die UCK zu entwaffnen, deutet alles darauf hin, dass die paramilitärischen Organisation in eine moderne militärische Streitmacht umgewandelt werden soll. Der amerikanische Kongress hat der UCK im Rahmen des „Gesetzes für Unabhängigkeit und Gerechtigkeit im Kosovo“ von 1999 bereits sogenannte „Sicherheitsunterstützung“ bewilligt. Die Anfangsgelder von 20 Millionen Dollar werden weitgehend für „Training und Unterstützung der von der UCK gestellten Selbstverteidigungskräfte“ verwendet werden.¹⁵

Der UCK-Stabschef Agim Ceku sagte dazu: „Die UCK möchte sich in eine Art Nationalgarde nach US-Vorbild verwandeln. (...) Wir nehmen die Hilfe der KFOR und der internationalen Gemeinschaft an, die uns beim Aufbau einer modernen Armee entsprechend der Nato-Standards unterstützen. Den professionell ausgebildeten Soldaten der nächsten Generation der UCK wird nur die Verteidigung Kosovos am Herzen liegen. In dieser entscheidenden Situation verstecken wir [die UCK] nicht unsere Zielsetzung, und wir wünschen uns, dass die internationalen militärischen Strukturen uns in unseren friedlichen und humanitären Bemühungen unterstützen.“¹⁶

Während die UCK weiterhin eng mit dem internationalen Drogenhandel verbunden bleibt, aus dessen Einkünften in der Vergangenheit so manche terroristische Aktivität finanziert worden ist, bekommt die UCK nun (von der Nato – red. Anm.) den offiziellen Persilschein und legale Geldquellen. Die Entwicklung folgt dabei in etwa dem kroatischen Beispiel, aber auch dem der Bosnisch-kroatischen Föderation in Bosnien. In beiden Ländern hat das US-Verteidigungsministerium sogenannte „Ausrüstungs- und Trainingsprogramme“ aufgebaut. Mit dem Unterschied, dass Washingtons militärisches Hilfsmittelpaket für die UCK der privaten Söldnerfirma „Military Professional

Resources Inc (MPRI) anvertraut wurde. Die Söldnerfirma firmiert unweit von Washington in Alexandria, Virginia, und wird von hochrangigen ehem. Offizieren der US-Armee geleitet, die eng mit der US-Regierung zusammenarbeiten.

Das Trainingskonzept von MPRI, das bereits in Kroatien und Bosnien getestet wurde, basiert auf der Vermittlung, dass „offensive Taktiken die beste Form der Verteidigung sind“.¹⁷ Im Kosovo verwandelt diese sogenannte „Verteidigungsdoktrin“ die UCK in eine moderne Armee, die dabei jedoch nicht ihr terroristisches Make-up verliert.¹⁸

Zielsetzung ist es, die UCK letztendlich in eine moderne Armee und Polizeistreitmacht umzuwandeln, die den zukünftigen strategischen Zielen der Nato-Allianz auf dem Balkan dient. Die MPRI-Söldnerfirma hat z.Z. „93 in hohem Maße erfahrene, ehemalige militärische Fachleute in Bosnien-Herzegovina im Einsatz“.¹⁹ Die Zahl der ehem. Offizieren, die im Auftrag der US-Regierung die UCK trainieren, wurde nicht bekanntgegeben.

1. entfällt
 2. Stratfor Commentary, „Growing Threat of Serbian Paramilitary Action in Kosovo“, 29 July 1999
 3. entfällt
 4. See Michael Radu, „Don't Arm the KLA“, CNS Commentary from the Foreign Policy Research Institute, 7 April, 1999.
 5. Tanjug Press Dispatch, 14 May 1999
 6. Stratfor Comment, „Rugova Faced with a Choice of Two Losses“, Stratfor, 29 July 1999.
 7. Federal Ministry for Foreign Affairs, Yugoslav Daily Survey, Belgrade, 29 June 1999.
 8. Hina Press Dispatch, Zagreb, 26 July 1999
 9. Ibid.
 10. BBC Report, London, 5 July 1999.
 11. New York Times, 2 February 1999
 12. Financial Times, London, 4 August 1999.
 13. See Organization for Security and Cooperation in Europe, Mission in Kosovo, Decision 305, Permanent Council, 237th Plenary Meeting, PC Journal No. 237, Agenda item 2, Vienna, 1 July 1999 .
 14. entfällt
 15. 106th Congress, April 15, HR 1425. =20
 16. Interview with KLA Chief of Staff Commander Agim Ceku, Kosovapress, 31 July 1999
 17. See Tammy Arbucki, Building a Bosnian Army“, Jane International Defence Review, August 1997.
 18. Ibid.
 19. Military Professional Resources, Inc, „Personnel Needs“, <http://www.mpri.com/current/personnel.htm>
- Der Autor ist Professor der Volkswirtschaft an der Universität Ottawa und Autor von „Globalisierung der Armut; die Auswirkungen der Reformen des IWF und der Weltbank; Netzwerk Dritte Welt. Penang und Zed Books, London, 1997.

Die BRD trägt Mitverantwortung

Die Menschen der ehemaligen Kolonialmacht Portugal zeigen die heftigste Wut über die Ereignisse in Osttimor. Mehrere Millionen Portugiesen legten in der vergangenen Woche aus Protest gegen die Massaker des indonesischen Militärs und seiner Banden für fünf Minuten die Arbeit nieder. Der Picoas-Platz vor dem UNO-Sitz in Lissabon platzte aus allen Nähten. Tausende folgten einem Aufruf der Gewerkschaften und einem All-Parteien-Bündnis, um ihre Solidarität mit Osttimor auszudrücken. In seltener Einigkeit reichten sich führende Politiker von links bis konservativ die Hände. Literaturnobelpreisträger Jose Saramago schreibt in einem aufröhrenden Appell: „Was ist der Wert eines Bürgers von Dili an der Börse in New York? Indonesien hat mehr als dreitausend Inseln, und Osttimor ist nur eine halbe davon. Erhebt sich die Welt, wenn sie droht sich zu verlieren?“

Die Solidarität vieler Portugiesen für die Menschen in Osttimor kommt nicht von ungefähr. Im Zuge der Nelkenrevolution wurden auch die Kolonien Portugals in ihre Unabhängigkeit entlassen. Auch Osttimor gehörte dazu.

Als 1974 in Portugal die „Nelkenrevolution“ gegen die Salazar-Diktatur siegte, erklärte die neue Regierung den Rückzug aus den Kolonien. In Osttimor kam es im Mai, noch unter der Leitung der portugiesischen Kolonialverwaltung, zu Wahlen, bei denen drei Parteien um die Macht des in die Unabhängigkeit entlassenen Landes kämpften. Die „Fretilin“ (Revolutionäre Front für ein unabhängiges Ost-Timor), die im Gegensatz zu den beiden anderen Parteien eindeutig für ein von Indonesien unabhängiges, souveränes Land eintrat, ging als Sieger aus den Wahlen hervor. Am 28. November rief die Fretilin-Regierung die „Demokratische Republik Ost-Timor“ aus. Nur eine Woche später, am 7. Dezember 1975, begann die völkerrechtswidrige Besetzung Ost-Timors durch die indonesische Armee. Präsident Suharto hatte sich zuvor bei den USA und dem Nachbarn Australien rückversichert, dass ihm dabei freie Hand gewährt wird (Devise: „Kein zweites Kuba“; der damalige US-Außenminister Kissinger forderte die indonesische Armee auf, sofort in Osttimor einzumarschieren). Es begann ein außerordentlich blutiger Konflikt zwischen der linksorientierten Befreiungsgruppe der Fretelin und der indonesischen Armee. Etwa 200.000 der 700.000 Einwohner fielen damals den Kämpfen und einer Hungerblockade zum Opfer.

Jahrelang wurde die Politik der indonesischen Regierung in Osttimor von den imperialistischen Staaten geduldet und wirtschaftlich und militärisch gefördert.

An vorderster Stelle steht hier mal wieder die BRD. Besondere Verdienste um die deutsch-indonesischen Beziehungen hat der jetzige Präsident Indonesiens Habibie. Dieser hatte in den 60er Jahren in der BRD studiert. Beim Rüstungskonzern MBB stieg er dann zum Direktor für angewandte Technologie auf. 1974 ging Habibie nach Indonesien zurück und wurde dort sofort Mitglied der Regierung. Dort hat er sich offenbar so intensiv für die Belange der BRD eingesetzt, dass ihm 1980 das Große Bundesverdienstkreuz durch die Bundesregierung verliehen wurde (damals wie heute eine SPD-Regierung). Habibie bedankt sich dafür prompt: Siemens erhielt den Auftrag, das erste indonesische Atomkraftwerk zu bauen.

Die Wirtschaftsbeziehungen mit Indonesien entwickelten sich profitabel für der BRD-Konzerne. Allein im letzten Jahr lieferten deutsche Firmen Produkte im Wert von 3,34 Milliarden Mark, importiert wurden Waren für 3,96 Milliarden Mark. Der Warenaustausch beschränkt sich nicht nur auf harmlose Konsumgüter. Das ARD-Politmagazin „Monitor“ berichtete über die Verflechtungen von deutscher Rüstungsindustrie, deutschen Geheimdiensten und der indonesischen Armee.

Der Terror in Osttimor finde, so „Monitor“, „auch mit deutscher Hilfe“ statt. Der Bundesnachrichtendienst (BND) pflege weiter die gute Partnerschaft mit dem indonesischen Gemeindienst (BND-interner Deckname: „Kakadu“). Die rot-grüne Bundesregierung setze dieselben Prioritäten wie ihre Vorgänger: wirtschaftliche Interessen vor Menschenrechten.

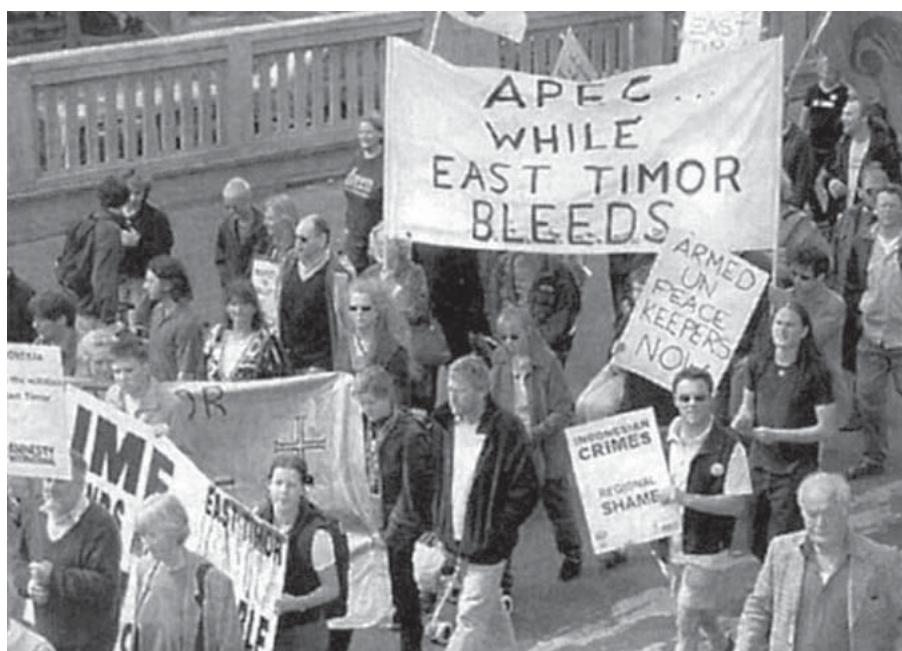
Erst diese Woche forderte der australische Regierungsbeauftragte John Dowd: „Deutschland sollte sofort Wirtschaftssanktionen verhängen, den Handel mit Indonesien stoppen und endlich begreifen, dass Menschenleben wichtiger

sind als Profit.“ Eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums sagte dazu gestern: „Handelsembargos haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie nicht unbedingt dazu beitragen, die Ziele zu erreichen, die man erreichen will.“ Der Anteil von Rüstungsgütern an den deutschen Exporten nach Indonesien sei äußerst gering. Insgesamt habe die deutsche Industrie 1998 genehmigungspflichtige Güter im Wert von rund 800 Millionen Mark nach Indonesien geliefert. Der überwiegende Teil (796 Millionen) seien sogenannte Dual-Use-Güter gewesen, die nicht unmittelbar militärischen Zwecken dienten – wie beispielsweise „Polizeiuniformen, Hämmer und Schrauben“.

Aber das ist nicht die ganze Wahrheit. In der Bremer Lürffenerwerb liegen vier Patrouillenboote, die für die indonesische Marine gebaut werden. Und nach Informationen der Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“ würden in Freiburg Raketenstreuköpfe auf ihren Abtransport nach Indonesien warten.

Die Kampagne fordert hier einen sofortigen Lieferstopp. Aber nach allem, was man schon von der SPD/Grünen-Bundesregierung erfahren hat, wird sie es halten wie ihre Vorgänger. Kohl verscherbelte Teile der ehemaligen DDR-Marine 1992 an Indonesien. Es kam zu heftigen Protesten in der BRD mit Besetzungsaktionen der Schiffe, was die Bundesregierung nicht hinderte, die Schiffe auszuliefern.

Der Asienreferent der Caritas kritisierte vor einigen Tagen in Freiburg die Politik der Bundesregierung: „Wir haben das traurige Beispiel, dass die Bundesrepublik Indonesien jahrelang mit Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfe unterstützt hat und dabei die Menschrechtsverletzungen in Osttimor ignorierte. Da stehen klare wirtschaftliche Interessen im Vordergrund. Deshalb trägt die Bundesregierung eine Sonderschuld.“ hav



Das Jahrestreffen des TUC kann also durchaus interessant werden.

Den Haag: Hereros verklagen BRD wegen Völkermord

Der internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag hat die Eröffnung eines Verfahrens namibischer Hereros abgelehnt, die von der deutschen Regierung Entschädigung für Morde und Übergriffe der „deutschen Schutztruppe“ gefordert haben. Diese hatte im von den deutschen okkupierten sogenannten „Deutsch-Südwestafrika“ nach dem Herero-Aufstand im Jahre 1904 den Befehl gegeben, alle Hereros auszurotten. Bis zu 50000 Personen, vier Fünftel aller Hereros, starben bei der Völkermordaktion deutscher Soldaten. Der frühere Bundespräsident Herzog hatte bei seinem Besuch in Namibia die Völkermordaktion lau als „besonders dunkles Kapitel“ der deutschen Geschichte bezeichnet, jede Wiedergutmachung aber kategorisch abgelehnt. Herero-Häuptling Riruako trug die Forderung nach einer Wiedergutmachung im vergangenen Jahr an den IGH heran und wiederholte sie im August beim Herero-Gedenktag in Namibia. Der IGH teilte jetzt mit, das Begehren habe keine Chance einer Anhörung, da nur Staaten Parteien vor dem IGH sein können, nicht aber Personen, Gruppen, Unternehmen oder internationale Organisationen.

Ukraine: Zwangsarbeiter fordern Entschädigung von der BRD

Etwa 200 ehemalige ukrainische Zwangsarbeiter haben in der vergangenen Woche in Kiew von der BRD Entschädigungen für ihre Leiden unter dem Naziregime gefordert. „Wir wollen einen gerechten Ausgleich für unsere Sklavenarbeit“, stand auf Plakaten der Demonstrierenden vor der deutschen Botschaft in Kiew. Während des zweiten Weltkrieges waren mehr als zwei Millionen Ukrainer zur Arbeit in Industriebetrieben, Bergwerken oder Bauerhöfen in Deutschland gezwungen worden.

Die stockenden Verhandlungen der Bundesregierung mit der deutschen Wirtschaft gehen den ukrainischen Opfern zu langsam. „Deutsche, gebt uns unser verdientes Geld, solange wir noch leben“, forderten die Rentner. Schätzungsweise 500000 ehemalige Zwangsarbeiter und Opfer des Naziterrors leben heute noch in der Ukraine. Die BRD hatte 1995 insgesamt 400 Mio. DM für ehemalige Zwangsarbeiter an die Regierung der Ukraine überwiesen. Etliche Millionen davon sind in den Taschen der von der BRD protegierten Vertretern der neuen Mittelschicht der Ukraine verschwunden und liegen sicher wieder geschützt auf Konten der Deutschen Bank in der BRD oder der Schweiz.

Zusammenstellung: hav



Etwa 1 Million Menschen haben am vergangenen Dienstag in Brasilien gegen die Armut und die Wirtschaftspolitik der Regierung demonstriert. Unter dem Motto „Schrei der Ausgeschlossenen“ fanden in etwa 1500 Gemeinden gemeinsam mit dem Gewerkschaftsdachverband CUT, der Bewegung der Landlosen (MST) und linken Oppositionsparteien Protestveranstaltungen statt. Schon vor ein paar Tagen war die Hauptstadt zum Zentrum des Protests gegen die Politik der Regierung Fernando Henrique Cardoso (FHC) geworden. Ende August hatten sich ca. 100000 Menschen aus allen Ecken des Landes zusammengefunden, um zu fordern: „Basta FHC! IWF raus.“ Und die Proteste werden nicht verstummen. Anfang Oktober wird der Marsch landloser Bauern in der Hauptstadt erwartet.

USA: Kluft zwischen Arm und Reich wächst

Die Kluft zwischen Arm und Reich in den Vereinigten Staaten weitet sich immer mehr aus. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie des „Centers for Budget and Policy Priorities“. Seit 1977, so heißt es, habe sich der Anteil der obersten 20 Prozent der Einkommenspyramide am Gesamteinkommen von 44,2 auf 50,4 Prozent erhöht, während der Anteil der restlichen 80 Prozent beständig zurückgegangen sei. In der untersten Einkommensschicht liege das reale Einkommen nach Steuern heute sogar 9 Prozent unter dem Niveau von 1977. Die 2,4 Millionen Spitzverdiener – das entspricht 1 Prozent der Bevölkerung – hätten dagegen in der gleichen Zeit ihr Realeinkommen um 115 Prozent steigern können. Eine solche schräge Einkommensverteilung habe es in der Geschichte der USA noch nie gegeben, heißt es in der Studie.

Eine Erklärung für diese steigende Kluft zwischen oben und unten in den USA sieht die Studie in den verschiedenen Steuersenkungen seit 1977, durch die alle Besserverdienenden bevorzugt entlastet worden sind.

Großbritannien: Gewerkschaften gewinnen wieder neue Mitglieder

Die britischen Gewerkschaften haben erstmals seit 20 Jahren den Mitgliedschwund gestoppt und sogar neue Anhänger gefunden. Aus Anlass des in dieser Woche stattfindenden Gewerkschaftstages des Trade Union Congress (TUC) meldet der Dachverband, dass in

diesem Jahr 100000 neue Mitglieder gewonnen worden seien. Die Mitgliederzahl, die Ende der siebziger Jahre noch bei mehr als 11 Millionen gelegen habe, liege nun bei 6,7 Mio. Als besonders erfreulich sieht der TUC, dass mehr Frauen, Teilzeitarbeiter und Angehörige von ethnischen Minderheiten die Gewerkschaften als notwendige Organe für die Vertretung ihrer Interessen nutzen würden. Trotzdem wird die Lage für die abhängig Beschäftigten und der Gewerkschaften als äußerst kritisch angesehen. In einer Studie des TUC heißt es dazu: „Die Gewerkschaften haben die Angriffe der Thatcher-Jahre gut überstanden. Aber wir können nicht abstreiten, dass eine feindliche Gesetzgebung, Massenarbeitslosigkeit und die massive Restrukturierung der Wirtschaft uns in die Defensive gedrängt haben. Die Mitgliedschaft im privaten Sektor ist auf ein sehr niedriges Niveau gefallen. Ganze neue Branchen sind entstanden mit überhaupt keiner gewerkschaftlichen Organisierung. Kleine und mittelgroße Unternehmen sind herangewachsen, bei denen Gewerkschaften nur schwer haben Fuß fassen können.“

Aber die Folgerungen, die der TUC daraus zieht, sind fatal. Die Gewerkschaften müssen nun die Partnerschaft der Arbeitgeber suchen, heißt es. Die Globalisierung dürfe nicht als Gefahr, sondern müsse als Chance begriffen werden. „Alle Arbeitgeber werden die Hilfe der Gewerkschaften suchen, um die Herausforderungen des Wettbewerbs zu bewältigen.“ Schon jetzt ist klar, das einige Einzelgewerkschaften konträr zu den Positionen des Dachverbandes stehen.

WIDERSTAND

Ca. 500 Menschen demonstrierten am Samstag, den 4. September vom Eschweiler Talbahnhof nach Dürwiß vor das Haus in der Jülicher Straße, in dem Achim Ezer, früher JN-Landesvorsitzender, jetzt Bundesleiter des „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft“ ein Nazizentrum betreibt, einschließlich eines Versandhandels, den „Schwarze Fahne“-Verlag, der neben rechtsradikalen Propagandamaterialien, Büchern und Musik auch Springerstiefel und Tarnkleidung im Angebot hat. Die örtliche Bürgerinitiative gegen dieses Zentrum hatte zu der Demonstration aufgerufen, die von etlichen Gruppen aus NRW unterstützt wurde.

Foto K.H.

**Landeserziehungsgeld auch für die Familien ohne deutschen Pass !**

STUTTGART. Bereits vor einigen Wochen hatte der DGB Baden-Württemberg das Sozialministerium aufgefordert, die Ungleichbehandlung vor allem der türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger beim Landeserziehungsgeld zu beenden. „Es ist eine eklatante Ungerechtigkeit gegenüber den ausländischen Staatsangehörigen, die hier zum Teil seit Jahrzehnten leben, arbeiten und Steuern zahlen und trotzdem von Familienleistungen, wie dem Landeserziehungsgeld, ausgeschlossen werden“, sagte die stellv. DGB-Landesvorsitzende Anne Jenter. Der DGB hält es für notwendig, dass die Landesregierung nun endlich für die Bereitstellung der entsprechenden finanziellen Mittel sorgt. Anlass für die Aufforderung des DGB an das Sozialministerium war ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Mai diesen Jahres. Danach können sich türkische Staatsangehörige unmittelbar auf Gleichbehandlung in der Sozialen Sicherheit berufen. Das veröffentlichte Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe hat diese Rechtsauffassung des DGB bestätigt. Die DGB-Forderung an die Regierung lautet nun: „Wir wollen ein familienfreundliches Baden-Württemberg für alle, die hier wohnen – unabhängig von ihrer Nationalität.“ Aus DGB-Pressemitteil. 17.8.

Aktionstag gegen Arbeitslosigkeit und Armut am „Weltspartag“

BIELEFELD. Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen ruft am 29.10., den sog. Weltspartag, zu bundesweiten Aktionen auf. In ihrem Aufruf heißt es u.a.: „Es ist eine Lüge, dass es keine Alternative zum rot-grünen Sparpaket gibt. Das richtige Ziel der Haushaltksolidierung erfordert eine stärkere Heranziehung der Besserverdienenden und Vermögenden. Es gilt, das Verfassungsgebot einer Besteuerung nach Leistungsfähigkeit endlich zu verwirklichen. Anstelle von Sozialabbau zu Lasten der ohnehin Benachteiligten müssen die staatlichen Einnahmen erhöht werden. Konkrete Instrumente dazu sind z.B. ein Verzicht auf die geplante Netto-

entlastung der Unternehmen, die Wiedereinführung der Vermögensteuer oder die Erhöhung der Erbschaftsteuer. Noch ist nichts entschieden! Ob unsoziale Sparpläne Wirklichkeit werden, liegt auch an uns. Alle sind eingeladen und aufgefordert, am Weltspartag und während des weiteren Gesetzgebungsverfahrens mit uns zu protestieren: Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und weitere. Die Kürzungen gegen Arbeitslose müssen vom Tisch!“ – Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Marktstr. 10, 33602 Bielefeld.

Offener Brief: Aufhebung des PKK-Verbots ist dringender denn je !

MÜNCHEN. Die Rechtsanwältin Angelika Lex schreibt in einem offenen Brief an die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS sowie Innenminister Schily u.a.: „Vor einiger Zeit führte die Deutsch-Kurdische Gesellschaft in München eine Veranstaltung unter dem Titel „Rot-Grün – die Farben der Kurden?“ durch. Wir waren damals im Verlauf der Diskussion darin übereingekommen, daß es politisch dringend notwendig sei, einen fraktionsübergreifenden Antrag, den Claudia Roth, Uta Titze-Stecher und Eva Bulling-Schröter unterstützen wollten, zur Aufhebung des PKK-Verbots zu stellen. Dieses Anliegen ist nun dringender denn je. Immer noch werden in der BRD KurdInnen und auch nicht-kurdische UnterstützerInnen strafrechtlich verfolgt, weil sie die Friedensbemühungen von Abdullah Öcalan und der PKK in Wort und Bild in friedlichen Demonstrationen und Versammlungen und Presse-

berichten unterstützen. Als Anwältin verteidige ich in dutzenden von Strafverfahren, wo Menschen einzig und allein desshalb verurteilt werden, weil sie auf einer Versammlung „Biji Apo“ (Hoch lebe Apo) gerufen haben. Die Rechtslage ist nicht nur für KurdInnen immer unzureichender geworden ... Mittlerweile ist die Situation sogar noch weiter pervertiert, denn die Türkei hat sich zu einem Anmestiegesetz durchgerungen. Zwar ist der Presse zu entnehmen, daß hierunter wohl nur wenige aktive PKK-Kämpfer fallen werden, für die o.g. Fälle wäre die Amnestie aber sicherlich einschlägig. Für dieselbe Handlung werden also KurdInnen in der Türkei nicht bestraft, in Deutschland aber schon – das kann doch wirklich nicht wahr sein!

Ich möchte Euch daher nochmals dringend auffordern, endlich geeignete Schritte zu unternehmen, dieser unerträglichen Situation ein Ende zu bereiten, die dazu geführt hat, dass KurdInnen hier in Deutschland inzwischen weniger Rechte haben als in der Türkei.“ mlb

Postkarten gegen die Beteiligung der Lufthansa an Abschiebungen

FRANKFURT/MAIN. Das „Aktionsbündnis Rhein-Main gegen Abschiebungen“ hat eine Postkartenaktion gegen die Beteiligung der Lufthansa an Abschiebungen gestartet. Die Postkarten mit zwei unterschiedlichen schwarz-weiß-Motiven sind an verschiedene Abteilungen der deutschen Fluggesellschaft gerichtet. Mit ihnen kann man/frau seinen Boykott der Lufthansa erklären, solange diese an Abschiebungen mitwirkt und auch noch daran verdient. Der Text lautet: „... Kola Bankole und Aamir Ageep waren zwei abgelehnte Asylsuchende aus Afrika. Sie kamen bei Abschiebungen aus Deutschland in Lufthansa-Maschinen ums Leben. Ihr Tod war kein Zufall. Er ist die Folge der brutalen Abschiebepraxis des BGS als Bestandteil einer insgesamt flüchtlingsfeindlichen Asylpolitik. Täglich werden Flüchtlinge in Verfolgung und Folter, Krieg und Armut abgeschoben. Manche wehren sich aus Angst und Verzweiflung, viele haben jedoch keine Kraft mehr, Widerstand zu leisten ...“.

Aus Asyl-Nachrichten 8/99



Ort/Kreis	Wahlergebnisse der PDS in Nordrhein-Westfalen										
	Gemeinderat/Kreisrat	Bezirksvertr.	Europawahl Juni 1999	Bundestagswahl 1998	Stimmen absolut	Stimmen Prozent	Sitze	Ergebnis in %	Ergebnis absolut	Ergebnis in %	Ergebnis absolut
Aachen Kreis		1,7	1	1,0	1039	1,1	2089				
Aachen Stadt	-	2,2	1	2,1	1679	1,7	2417				
Bielefeld	3950	2,8	2	2,3	2553	1,8	3625				
Bonn		1,5	1	2,1	2307	1,5	2821				
Duisburg	7035	4,2	3	2,2	2975	1,7	5010				
Düren Kreis	1676	1,3	1	1,0	855	1,0	1644				
Düren Stadt		0,8	1	1,2			1,1				
Düsseldorf	5121	2,3	2	2,1	3770	1,7	5643				
Essen	5722	2,5	2	2,0	3522	1,6	5821				
Gelsenkirchen		2,7	2	1,8	1301	1,5	2514				
Heimbach		2,2	0	1,0			1,3				
Herne	1993	3,4	2	1,9	831	1,6	1623				
Köln	6948	2,1	2	2,3	6155	1,6	8630				
Moers		2,5	1	1,4	453	1,2					
Münster		1,4	1	1,8	1878	1,5	2537				
Neuss, Kreis		1,2	1	0,9	1372	1,0	2733				
Neuss, Stadt		1,5	1	1,2			1,2				
Oberhausen	2472	3,2	2	1,9	1103	1,3	1666				
Recklinghausen, Kreis		1,9	1	1,3	2,634	1,3	5195				
Stolberg			0	0,9			1,2				
Unna, Kreis		1,3	1	1,2	1591	1,2	3146				
Velbert		2,6	1	1,5			1,4				
Warendorf, Kreis		1,1	0	0,8	779	0,9	1565				
Witten		2,7	2	2,0			1,4				
Wuppertal		3,0	2	2,2	2424	1,7	3704				
GESAMT			33	15							
<i>Nachrichtlich</i>											
Dortmund (Bündnisliste)		1,0	1								
Wülfrath (DLW)		10,9	4								

Quelle: PDS-Landesgeschäftsstelle, Oststr. 37, 40211 Düsseldorf, Tel: 0221-358907, Fax: 0211-358908, e-mail: PDS-NRW@t-online.de

Kommunalwahlen NRW

Erdrutsch für Rot-Grün – Erfolge für die PDS nach dem Fall der 5 %-Klausel

Einen großen Erfolg hat die PDS bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen erzielt. Nach der Streichung der 5 %-Klausel durch das Landesverfassungsgericht zog sie erstmals mit insgesamt 33 Abgeordneten in 17 Stadträte und 4 Kreistage ein. Darüberhinaus erreichte sie in 8 Städten insgesamt 16 Mandate in Bezirksvertretungen.

In Dortmund erhielt ein Mitglied der PDS ein Ratsmandat über die Linke Liste Dortmund. Damit hat die PDS ihre kommunalen Mandate im Westen mehr als verdoppelt. Der PDS-Landesvorstand wertet dies als Ausdruck gestiegener Akzeptanz der PDS, aber auch Anerkennung für die Ansätze kommunalpolitischer Arbeit. Über 245.000 betrug die Auflage der Wahlzeitungen, die die PDS-Kreisverbände in zwölf Städten herausbrachten.

In nahezu allen Kommunen und Kreisen, in denen die PDS antrat, konnte sie die Ergebnisse der Bundestags- und der Europawahl auch absolut ausbauen. Vor

allem im Ruhrgebiet erzielte sie überdurchschnittliche Ergebnisse. In der Stahlstadt Duisburg erreichte die PDS mit 4,2% Fraktionsstärke, in Herne 3,4%, in Oberhausen 3,2 %, in Gelsenkirchen und Witten 2,7 %, in Essen 2,5 %. Dabei kandidierte in Gelsenkirchen auch die von der MLPD in ihrer Hochburg unterstützte Liste AUF, die mit 2,2 % der Stimmen ebenfalls zwei Sitze im Stadtrat erhielt.

Auch in Wuppertal (3,0 %), wo der Kreisverband die Kandidatur schon seit mehreren Jahren vorbereitete, und in Bielefeld (2,8 %) erzielte die PDS sehr gute Ergebnisse. In den Kleinstädten Heimbach (2,2 %) und Stolberg, wo früher grüne bzw. unabhängige Ratsmitglieder diesmal für die PDS kandidierten, reichte es dagegen nicht für neue Mandate. Die Demokratische Linke Wülfrath, die mit der PDS zusammenarbeitet, erhielt 10,9 % der Stimmen. Damit verlor sie zwar ein Mandat, das Ergebnis ist jedoch nach wie vor beachtlich.

Erdrutsch für SPD

Auch wenn diese Entwicklung Perspektiven für eine linke, kommunalpolitische Arbeit eröffnet: Das bürgerliche Lager geht erheblich gestärkt aus den Wahlen hervor. Rot-Grün mußte eine dramatische, erdrutschartige Niederlage einstecken. Die SPD verlor in ihren Hochburgen, den kreisfreien Städten, rund 10 % der Stimmen, B. 90/Die Grünen 2,5 %. Landesweit erreicht die CDU locker eine absolute Mehrheit und kann sich damit erstmals seit Mitte der 60er Jahre auch ohne die FDP Hoffnungen auf eine Mehrheit bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr machen. Die rechtsradikalen Parteien erhielten dort, wo sie kandidierten, weniger Stimmen als bei der letzten Kommunalwahl. Die REP erzielten jedoch 15 Mandate in Räten und Kreistagen, die DVU drei.

Eine nicht mehr erkennbare rot-grüne Reformperspektive, Skandale um Spitzenkandidaten und verlorene Bürgerbegehren vor Ort führten dazu, daß die SPD

Optimaler Standort mit tollen Aussichten.

PDS Lebensort statt Standort.

Herausgeberin: PDS NRW, Oststraße 37, 40211 Düsseldorf, Tel.: 0211-358907
Konzept/Copyright: kanjo bild&klangwerkstatt Krefeld

einen großen Teil ihrer Stammwähler nicht mehr mobilisieren konnte. Die Wahlbeteiligung sank in den kreisfreien Städten auf 50,6 %. In Essen, wo Umfragen die SPD bis zum letzten Tag bei den Wahlen zum Oberbürgermeister und den Wahlen zum Rat vorn sahen, sackte die seit 43 Jahren regierende Mehrheitspartei von 181.983 Stimmen bei der letzten Kommunalwahl auf 81.062 Stimmen, das sind gerade noch 35 %. Bei der Oberbürgermeisterwahl war noch nicht einmal eine Stichwahl nötig, CDU-Kandidat Reigner erhielt 51,7 % und kündigte als erstes die Säuberung der Innenstadt an - von „Schmutzdecken“, Drogenabhängigen und Obdachlosen. Die linke, kommunale Oppositionspolitik, die die PDS in den nächsten fünf Jahren machen will, wird also ein hartes Brot.

PDS Offene Listen haben Perspektive

Dabei erzielte die PDS die besten Ergebnisse in den Städten, wo die SPD sich noch verhältnismäßig gut hielt und die CDU zumindest keine Spitzenergebnisse erzielte. In der Medienstadt Köln schnitt der größte PDS-Kreisverband in NRW mit 2,1 % der Stimmen schlechter ab, als bei der Europawahl. Die SPD erhielt ganze 30,3 % der Stimmen, nachdem ihr Oberbürgermeister-Kandidat nach einem Finanzskandal um die Nutzung von Insiderwissen für Aktienspekulationen zurücktrat.

Kommunalwahlergebnisse in kreisfreien Städte (in %)

	1999	1994
SPD	35,7	45,4
CDU	46,1	35,7
Grüne	8,9	11,4
FDP	3,7	3,1
PDS	1,7	--
REP	0,7	1,1
DVU	0,2	--
DKP	0,1	0,1
Sonst.	3,1	--

Kommunalwahlergebnisse in Landkreisen (in %)

	1999	1994
SPD	32,9	40,1
CDU	52,8	43,6
Grüne	6,3	9,3
FDP	4,7	4,2
PDS	0,3	--
REP	0,1	0,2
NPD	0,1	--
Sonst.	2,8	2,3

Landtagswahlen des ostdeutschen Herbstes

Wer hätte schon geglaubt, dass es nach einem heißen Sommer noch einen heißen, trockenen Herbst geben würde? Die Temperaturen vom zweiten Septemberwochenende brachten Tausenden erholsame Stunden an den brandenburgischen Seen und auf den Höhen des Thüringer Waldes. Was hatten sie von den Wahlen in Brandenburg und Thüringen? Ob sich die Politiker in Brandenburg und Thüringen ebenso wohl fühlten, mag für manchen der bisher Regierenden allerdings sehr zu bezweifeln sein. Sicher ist dagegen, daß manchem dieser Herbst trockene Kehlen einbrachte, weil ihnen vor Entsetzen die Luft wegblieb.

Eigentlich sollte es im folgenden um die Wahl in Brandenburg gehen. Aber die Thüringer Wahlergebnisse vom 12. September 1999 zwingen dazu, das Thema zu erweitern.

Steht die Bundesrepublik Kopf? Ist das, was an den letzten beiden Wochenenden in Brandenburg und Thüringen passierte, Ausdruck eines allgemeinen Stimmungswechsels? Hat die Bundesregierung unter Schröder so viel Kredit verloren, daß ihr die Wähler wegläufen?

Was ist festzustellen und was kann sich in Sachsen und Berlin in Kürze wiederholen?

Erstens, die SPD büßt weiter an Wählerstimmen ein. Waren es in Brandenburg 15 % Stimmen weniger, was Verlust der Mehrheit bedeutet, liegt die SPD in Thüringen um 11,1 % unter dem Ergebnis von 1994 (29,6%). Sie ist der eindeutige Verlierer dieser Wahlen. Wollten zur Bundestagswahl die Ostdeutschen noch die Abwahl Helmut Kohls, so sehen sie jetzt offenbar in Gerhard Schröder den Mann, der sie weiter benachteiligen will.

Zweitens, die CDU verzeichnet in beiden Ländern Zuwachs. Mit über 51 % in Thüringen wird die CDU sogar alleinige Regierungspartei und kann den ungeliebten Koalitionspartner SPD ausbooten. Enttäuschte SPD-Wähler wechselten die Fronten und gingen mit fliegenden Fahnen zur CDU über. In Brandenburg sind das immerhin rund 33.000 Menschen. Wird aber die CDU die Hoffnungen dieser Wähler erfüllen können oder macht die SPD nur die Dreckarbeit, die sich die CDU noch zu Zeiten Helmut Kohls scheute zu realisieren?

Drittens, die PDS legte in beiden Bundesländern zu, errang in Brandenburg

Bündnis für Frieden und Arbeit

Aktiv Arbeitsplätze schaffen

PDS Linke Liste

mit 21% nach der CDU den dritten Platz und verdrängt in Thüringen die SPD mit 21,1% sogar auf den zweiten Platz.

Reinhard Höppner (SPD), Regierungsschef in Sachsen-Anhalt, nach den Ursachen befragt, warum mehr Ostdeutsche PDS wählten, warnte vor der irrgigen Annahme, daß das nur Protestwähler sind. Er charakterisierte die PDS - sicher zum Unwillen mancher seiner Parteifreunde - als eine Partei, die fest und tief im Bewußtsein der Ostdeutschen verankert ist.

Was kann die PDS aus dieser für alle neuen Situation machen? Reicht es nach dem Erfolg in Thüringen aus, von einem „historischen Datum“ (Gregor Gysi am Abend des 12.9.) zu sprechen, wenn die PDS die SPD hinter sich gelassen hat? Ist das nur eine Frage des Besser oder Schlechter als die SPD? Oder geht es um mehr?

Lothar Bisky und Anita Tack erklären nach der Wahl in Brandenburg: „Wir erwarten, daß die SPD sich ernsthaft mit unseren politischen Vorschlägen auseinandersetzt und sich für eine Korrektur der bundespolitischen Entscheidungen hinsichtlich des Sparpakets und der ostdeutschen Interessen einsetzt.“ Bisky hatte aber auch sofort nach Bekanntwerden des brandenburgischen Ergebnisses erklärt, die Bundesregierung habe mit ihrer Politik gegen die sozial Schwächsten und ihrer Kriegspolitik alle Hoffnungen auf einen Politikwechsel zerstört. Ist das nicht „historisch“, wenn ein Teil der ostdeutschen Wähler der rot-grünen Koalition des Krieges eine Abfuhr erteilt? Allein in der Hoffnung, sich an der Regierung zu beteiligen, kann die PDS ihre Wähler sicher nicht zufriedenstellen. Programme, wie z.B. die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, müssen nun konsequent angegangen werden.

Viertens, der Einzug der DVU in den Landtag in Brandenburg wiederholt sich in Thüringen nicht. Gelang es der neonazistischen Partei in Brandenburg die Fünf-Prozentürde zu überspringen, bleibt sie in Thüringen mit 3,3% außerhalb. Allerdings ist weder in Brandenburg noch in Thüringen das Ende der Fahnenstange erreicht. Liest man einige der CDU-Lösungen zur Wahl in Berlin („Deutsche Bauarbeiter auf deutschen Baustellen“), wird deutlich, daß die CDU nicht wenige der radikal rechtsgerichteten Wähler gern für sich einfangen möchte und auch eingefangen hat.

Fünftens, die Anzahl der Nichtwähler ist in Brandenburg doppelt so hoch wie bei der Bundestagswahl 1998. Auch in Thüringen blieb die Wahlbeteiligung auf einem niedrigen Niveau. Nur 59,8 % (1994: 58,6%) der Wahlberechtigten machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Selbst bei den Kommunalwahlen in NRW zeigte sich Wahlfrust und nur mal gut die Hälfte der Berechtigten ging an die Urnen. Also keineswegs nur eine ostdeutsche Erscheinung.

In der SPD in Brandenburg führte das Wahlergebnis und die Frage nach einem Koalitionspartner zu einer schweren Krise. Die Sozialministerin Regine Hildebrandt hatte sich schon vor der Wahl strikt gegen eine Koalition mit der CDU ausgesprochen. Rücktrittsforderungen, an den Chef der Landes-SPD Reiche gerichtet, werden laut. Aber Regierungsschef Stolpe, der den vielgepriesenen „Brandenburger Weg“ nur noch in Worten aufrechterhält, wird sich schwer tun, mit der PDS zusammenzugehen. Zu viele Fragen stehen auf dem Spiel, in denen die PDS jetzt nicht mitmachen würde: Arbeitslosigkeit, Absicherung sozialer Fragen, Großflughafen Berlin, Transrapid - und da ist auch noch das Fusionssprojekt mit Berlin, das vor Zeiten, auch in der Art wie es angelegt war, am Widerstand der PDS scheiterte. Der CDU-Ehemals-General und Ehemals-Ostdeutsche Schönbohm wird möglicherweise gegen die vorlaute Hildebrandt eingetauscht. Stolpe muß dann aber mit massivem Widerstand der Parteibasis rechnen.

In Thüringen dagegen strahlt Ministerpräsident Vogel über das ganze Gesicht. Allerdings ist Skepsis angezeigt. Kaum wird es Vogel gelingen, - wie auch bisher nicht - die Arbeitslosigkeit in Thüringen zu beseitigen, die bei 84% der Wahlberechtigten als Thema auf einem Spitzenplatz steht.

Welche der Parteien, die jetzt in die Regierungssessel steigen werden, wird sich nun ernsthaft mit der DVU und anderen rechten Parteien auseinandersetzen? Die PDS hatte im Vorfeld der Wahlen in Brandenburg angekündigt, die DVU entzubern zu wollen. Die Brandenburger PDS, die Erfahrungen mit Sachsen-Anhalt austauschte, konnte von dort hören, dass es ein Fehler war, zu spät auf die Kampagne der DVU im Lande eingegangen zu sein. Die DVU blieb aber weitgehend

Aus einem Bericht des „Tagesspiegel“ vom 7. September über eine erste Wahlanalyse des Instituts „Infratest dimap“:

„Für die SPD beunruhigender sind ihre Verlust an die PDS (41.000). Die PDS ist in Bereichen stärker geworden, die bislang eher zur SPD oder CDU tendierten. In ländlichen Gebieten, bei den kleinen Leuten, unter Arbeitern, in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit.“

anonym. Ihre Vertreter traten in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung. In Brandenburg wurde schließlich, von den gleichen Bodyguards wie in Magdeburg begleitet, die Frau eines Strausberger Unternehmers in die Öffentlichkeit gebracht, die auf über 10.000 Wahlplakaten zu sehen war, aber sonst unbekannt blieb. Der eigentliche Drahtzieher ist ihr Mann Axel Hesselbarth, DVU-Vorsitzender, der wissen ließ, dass Frey ihn bewegen wollte, zur Wahl zu kandidieren. Allerdings könne er als selbstständiger Bauunternehmer nicht so frei über seine Zeit verfügen. So wurde die Frau zum „Politiker“ gemacht.

Vom Juni 1999 gibt es einen Aufruf der PDS zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus/Rechtsextremismus, die sich als vorrangiges Ziel stellte, den Einzug von „Parteien mit rechtsextremen und rassistischen Hintergrund“ in den Landtag zu verhindern. Das konnte nicht erreicht werden. Allerdings wurde deutlich, dass, z.B., die SPD, die sich öffentlich zu einer Aktionsgemeinschaft gegen die DVU und andere Rechte bekannt hatte, in der Praxis wenig tat, um gemeinsame Aktionen durchzuführen. Im Gegenteil. Die brandenburgische Polizei schirmte eine Zusammenkunft der Spalte der DVU mit Frey in einem kleinen Ort in der Prignitz gegen Protestierende ab und verwies PDS-Kandidaten des Platzes. Es bleibt aber auch der Eindruck, dass die Gründung der Arbeitsgemeinschaft nicht alles war, was die PDS hätte tun müssen. Bisky muß allerdings zugestanden werden, dass er in seinem Wahlkreis in Potsdam, in dem auch der NPD-Verteiler Voigt kandidierte, immer wieder mit der Losung auftrat. „Keine Stimme dem Vertreter der NPD!“ Nach dem Einzug der DVU in den Landtag in Brandenburg bleiben die Ziele, die die PDS-AG sich stellte, demzufolge noch hochaktuell. Die PDS muß sehr gut analysieren, wo die Gründe für das Anwachsen der rechten Bewegung in Brandenburg liegen. Eine eindeutige Distanzierung von allen ausländerfeindlichen, rassistischen und extremen politischen Ercheinungen ist erforderlich.

Nur ein konsequenter Kurs der PDS gegen die neoliberalen Politik der Rot-Grünen-Koalition wird die Hoffnungen der Wähler, die sie in die PDS setzten, erfüllen.
(abe)

Am Tag der Entscheidung des Brandenburger SPD-Vorstands für eine Koalition mit der CDU (10. September) meldete der „Tagesspiegel“:

„Im Gegensatz zu der SPD-internen Stimmung haben die Gewerkschaften HBV, IG Medien, DPG und ÖTV die SPD nachdrücklich zur Bildung einer Koalition mit der PDS aufgefordert. Wer die Wahlprogramme vergleiche, könne zu keiner anderen Bewertung kommen, hiess es in einer gemeinsamen Erklärung. Unzureichende Konzepte in Fragen wie der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie der sozialen Sicherheit hätten zum Wahlergebnis geführt. Diese Fragen seien am ehesten mit einer rot-roten-Koalition in Angriff zu nehmen.“

Kita-Kämpfe dauern an

ÖTV Berlin: Friedrichshainer Kita - Hausmeister kämpfen um den Erhalt ihrer Stellen

Von 1992 bis 1999 wurden im Bezirk Friedrichshain mehr als ein Drittel der Stellen von Kita-Hausmeistern abgebaut (von 29 auf 20 Stellen). Außerdem wurden den Hausmeistern die notwendigen Sachmittel und Finanzen zur Erledigung ihrer Arbeit nicht mehr zur Verfügung gestellt. Statt dessen wurden Aufträge für Reparaturen an Fremdfirmen vergeben. Es gab Vorstellungen der politisch Verantwortlichen, den gesamten Kita-Hausmeister-Bereich zu privatisieren und die Aufgaben an private Firmen zu übertragen. Die Kita-Hausmeister sollten betriebsbedingte Kündigungen erhalten bzw. dem Personalüberhang zugeordnet werden.

Deshalb haben die Hausmeister der Friedrichshainer Kindertagesstätten in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft ÖTV Berlin, dem Personalrat und dem Jugendamt im vergangenen Jahr ein Projekt durchgeführt; dessen Schwerpunkte waren:

- Das Erproben eines Betreuungsservices für die Nachmittagsstunden bis zum Schließen der Kitas, um in Notfällen kleinere Reparaturen sofort erledigen zu können,
- die Einrichtung eines Lagers, in dem Werkzeug und Material gelagert werden,
- die Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Revisionsprüfung an ortsveränderlichen elektrischen Geräten, die vorher durch Fremdfirmen erledigt wurde und
- die zusätzliche Übernahme von handwerklichen Tätigkeiten in der kleinen baulichen Unterhaltung durch die Kita-Hausmeister und damit gegenseitige Hilfe bei Arbeiten und Schäden.

Das Projekt war erfolgreich, da nachgewiesen wurde, dass mit dem vorhandenen Personal effektiver und kostengünstiger gearbeitet werden kann. Die Erfolge sind auch auf andere Bezirke und andere Bereiche übertragbar.

Die Gewerkschaft ÖTV Berlin fordert die Senatsjugendverwaltung auf, die Ergebnisse zu nutzen und die Personalverordnung für das nicht pädagogische Personal in Kindertagesstätten so zu gestalten, dass sich die Zahl der Hausmeister nicht noch weiter verringert, da hierdurch Einsparungen erzielt werden können...

Die Ergebnisse des Projektes sind in einer Broschüre dokumentiert und können unter der Tel.Nr.030-231 21-378/382 abgefordert werden.

Quelle: nach Presseerklärung der ÖTV Berlin v. 1.9.99



Zur Ministerkrise im Freistaat Bayern

Löwen mit Räude

Noch vor wenigen Monaten machte der Freistaat Bayern und sein Chef Stoiber eine gute Figur. Volksverbundenheit, effiziente Verwaltung, Gespür für Modernisierung. Stoiber war als Kanzlerkandidat der Union im Gespräch. Und jetzt?

Die bayerische Verfassung fordert für Ernennung und Entlassung von Ministern die Zustimmung des Landtages. Hintergrund dieser ungewöhnlichen Bestimmung ist, daß die Zusammensetzung bayerischer Kabinette wegen der erheblichen regionalen und weltanschaulichen Spannungen im Freistaat sorgfältig ausgetarnt werden muß. Diese Bestimmung hat Ministerpräsident Stoiber mißachtet. Offenbar um zu verhindern, daß seine Mitverantwortung an den 360-Millionen-DM Verlust der staatseigenen Wohnungsbau- und -Verwaltungsgesellschaft LWS offenbar werden, versuchte er Justizminister Sauter als Alleinschuldigen Knall auf Fall zu feuern. Aber der pochte auf die Verfassung, blieb eine Woche lang als Minister ohne Geschäftsbereich im Amt und trat erst zurück, als der Landtag wegen des Falls zusammengetreten war.

Inzwischen ist offenbar, daß die LWS in den frühen neunziger Jahren durch die Staatsregierung, namentlich durch den damaligen Innenminister Stoiber, ins Bauträgergeschäft gedrängt worden war. Die Gesellschaft verspekulierte sich im Osten und im Westen. Die gesamte bayerische Presse fragt sich nun, wieso Stoiber seine Verantwortung für dieses Mißlingen nicht einfach zugibt, sondern die von niemandem geglaubte Legende webt, seine strategische Entscheidung, mit der LWS (die bis dahin eine Art gehobene Hausmeisterei gewesen sein soll) in derartige Geschäfte einzusteigen, sei richtig gewesen, aber fehlerhaft durchgeführt worden. Die Logik dieser Legende fordert dem Ministerpräsidenten Stoiber die Behauptung ab, von Einzelheiten der Entwicklung der LWS nicht unterrichtet gewesen zu sein und auf Entscheidungen keinen Einfluß genommen zu haben. Nun hat Bayern einen Ministerpräsidenten, dem alle Welt dabei zuschaut, wie er sich auf andererlei Kosten aus seiner Verantwortung herauszulügen versucht. Presstext: Gar nicht gut für den Standort Bayern.

Stoibers Opfer Sauter schreibt sich in der Mitte nicht mit b. Es ist lebensgeschichtlich und (anwalts)beruflich eng verbunden mit der von Strauß gezogenen und von Stoiber gestürzten CSU-Größe Gauweiler, einem führenden Propagandisten der Ausländerfeindlichkeit. Desse Kanzlei soll der LWS Kapitalgeber vermittelt haben, denen gute Renditen garantiert und gezahlt wurden. Gauweilers Kanzlei vertritt auch den ehema-

ligen Vorsitzenden des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) CSU-Landtagsabgeordneten Albert Schmid, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen Verwicklung in einen Schmiergeldskandal ermittelte (Einkauf überteuerten klinischen Materials, geschätzter Schaden 17 Millionen DM). Die Ermittlungen gegen Schmid wurden auf Anweisung aus dem Saurer-Ministerium gegen Zahlung eines Bußgeldes eingestellt. Im Zuge der gegen die ehemaligen Geschäftsführer weiterlaufenden Ermittlungen wurde bekannt, daß das BRK die von ihm Bayern geführten Alten- und Pflegeheime anwies, gegenüber den Kostenträgern zwar 100 Prozent Pflegepersonal abzurechnen, aber nur 90 Prozent einzustellen. Die Differenz war in einen Fonds zu zahlen, aus dem die Geschäftsführer erhöhte Repräsentationskosten ausgeglichen haben sollen; dies während die Presse immer wieder schauderhafte Zustände in BRK-Heimen kritisieren mußte. Schmutziges ist kaum vorstellbar, und davor verblassen die Frage, ob neben anderen CSU-Landtagsabgeordneten, gegen die bereits ermittelt wird, auch der Wirtschaftsminister Wiesheu für den international gesuchten und jüngst in Kanada festgenommenen Waffenschieber Karlheinz Schreiber gearbeitet habe, zumal der Mann gegen eine Kavution von 1,6 Millionen Mark auf freien Fuß kam und die Gefahr seiner Auslieferung nach und Aussage in Bayern vorderhand gebannt scheint.

Macht und kein Geld?

Die CSU ist eine Volkspartei und öffnet als solche strebsamen jungen Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen die politische Laufbahn. Als Staatspartei nimmt sie Einfluß auf das Laufbahngeschehen der Staatsbeamten und auf die Erwerbschancen selbständiger Dienstleister. Auf den hohen Staatspositionen spreizen sich die Partei- und Staatsleute im Schein der politischen Macht. Emporgestiegen sind sie jetzt oben. Wirklich oben? Reich, das müssen sie erkennen, reich wirst Du so nicht! Freilich könnten die Staatsleute von Monatseinkommen im Bereich von zwanzig-, dreissigtausend Mark leben, aber an den Lebensstil der Reichen oder gar der Aufbau eines Vermögens, bleibt unerreichbar. So muß ein Ministerpräsident froh sein, wenn ihm ein Modearzt die Villa am Meer für den Urlaub gegen irgendein Entgelt überläßt. Wie soll er seinen Urlaub genießen, wenn er denken muß, daß er sich ein derartiges Anwesen nicht leisten könnte, weil er – obwohl Staatschef! – das Geld nicht hat. Die auf den Leitern der Volkspartei emporgestiegenen Spitzenleute des Staates können den Lebensstil der Spitzenleute der Wirtschaft, mit denen sie zu tun haben, nicht

annehmen. Gut für die Wirtschaft, die der Politik somit immer etwas zu geben hat und dadurch gestaltend wirkt. Die Staatsleute, die Vorteile suchen, man könnte es auch erbetteln nennen, erfahren durch vielfältige Zurücksetzungen und Abfuhrn mit der Zeit, wie wenig Macht ohne Geld darstellt, sie suchen günstige Gelegenheiten zum Erwerb und kompromittieren sich gegenseitig. Das nennt man Amigosystem. Die Wählerschaft der CSU hat für dieses erwerbsgetriebene Verhalten Verständnis. Motto: Ich würde es auch nicht anders machen. Diese Einstellung entstand in den langen Jahrzehnten aufholender bayerischer Industrialisierung, in denen der Freistaat auf vielfältige Weise wirtschaftlich tätig war; die Bereicherung der Akteure stand nicht im Gegensatz zur Landesentwicklung, sondern war deren natürliche Begleiterscheinung (dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden). So zog in der langen Geschichte der bayerischen Skandale meist nicht der Wähler die Bremse, sondern der Staatsanwalt.

Inzwischen ist diese Phase auch in Bayern vorbei. Was irgendwie geht, soll privatisiert und der Staat auf den Kernbereich des Hoheitlichen konzentriert werden. In diesem Prozeß schrumpft die Zahl der halbstaatlichen Posten und die Gelegenheiten legaler und illegaler Bereicherung nehmen ab. Gleichzeitig landet immer mehr Geld bei den Privaten, deren Luxusleben sich entwickelt. Die Spannung zwischen den begrenzten Einkommensmöglichkeiten der politischen Laufbahn und dem Luxusleben der Reichen wächst, die Gier nimmt zu, Regierungs- bzw. Verwaltungentscheidungen werden käuflich, und das heißt sowohl unkalkulierbar wie letztlich teuer.

Edikratie?

Edmund Stoiber trat seinen Vorgänger Streibel aus dem Amt mit dem Versprechen, gegen das System der Vorteilsnahme ein Mittel zu wissen. Opfer Sauter nennt es inzwischen ironisch Edikratie. Was meint das? Politik nach dem Chefssystem, so wie in der Wirtschaft. Die führende Person weist den Weg, die loyalen Mitarbeiter folgen. Der Chef heuert und feuert. Was passiert in der Wirtschaft, wenn der Chef sich täuscht? Die Mitarbeiter zucken die Achseln: Letzten Endes ist es ja sein Geld! Anders in der Politik. Stoiber haftet nicht, die Allgemeinheit haftet für ihn. Für die Hunderte von LWS Millionen, die Stoibers Vision kostete, kommt die Bevölkerung auf. Die Edikratie, d.h. das Ersetzen der geordneten Verwaltung durch die Visionen einer Führungs person, kann nur funktionieren, solange die Visionen Wahrheit werden. Das ist Stoibers Dilemma: Er hat sich in einer wichtigen Frage getäuscht, und wenn er sich das eingestehst, kann er sein ganzes Chef System einpacken. Daß jetzt immer mehr Amigo-Affären auftauchen, zeigt das Versagen dieser Führungsvorstellung.

maf

Haushaltsetat 1999 OFFENBACH

BACH. Um 26,5 Millionen Mark geringer als erwartet fiel das Defizit im städtischen Haushalt im vergangenen Jahr aus. Es weist für 1998 statt veranschlagten 81,2 Millionen „nur“ 54,7 Millionen auf. Für 1999 wird mit einem weiteren Rückgang auf 49,3 Millionen gerechnet. Der Haushalt 99 umfaßt ein Gesamtvolume von 916 Millionen, davon sind 296 Millionen angehäufte Defizite, die über Kassenkredite bezahlt werden müssen. Zusätzlich bestehen langfristige Schulden i.H.v. 430 Millionen Mark. Wenigstens in diesem Jahr hätte man sich durchringen müssen, den Ansatz für die Vereine bedeutsam anzuheben, wie dies die PDS schon seit Jahren fordert. Angesichts des zunehmenden Verfalls Offenbacher Schulgebäude sind auch hier die Mittel zur Sanierung völlig unzureichend. Daß im Haushalt 99 wieder einiges mehr für die Spielplätze bereitgestellt wird ist sehr zu begrüßen. 40 Millionen Mark muß die Stadt jährlich nur an Zinsen an die Banken für ihre Schulden zahlen: Ein unerträglicher Zustand und sozialpolitisch gesehen ein Skandal! Es ist an der Zeit, daß öffentlich ein Zinsmatorium gegenüber den Banken eingeklagt und durchgesetzt wird. Die Banken müssen in gesamtgesellschaftliche Verantwortung genommen werden und dürfen sich nicht mehr länger zu Lasten der kommunalen Bedürfnisse der Bevölkerung bereichern.

Sparpaket BERLIN. Der Deutsche Städetag hat die Berechnungen der Bundesregierung über angebliche Entlastungen der Kommunen durch das Sparpaket kritisiert. Die Entlastungen fangen nach Auffassung des Städetages die zu befürchtenden Belastungen der Kommunen durch das Sparpaket von mehr als drei Milliarden DM bei weitem nicht auf. Die Städte hätten in den vergangenen Jahren eine konsequente Spar- und Konsolidierungspolitik betrieben, um ihren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu leisten. „Eine Sparpolitik von Bund und Ländern zu ihren Lasten lehnen sie jedoch ab“, beschloß der Hauptausschuß. Der Präsident des Deutschen Städetages, der Saarbrücker Oberbürgermeister Hajo Hoffmann, forderte nach der Sitzung den Bund auf, mehr Seriosität in der Diskussion um die Belastungen der Städte zu zeigen: „Der Bund kann unsere Haushalte nicht gesundrechnen. Vor allem der geplante Rückzug des Bundes aus der Finanzierung des Wohngeldes für Sozialhilfeempfänger muß – wenn er denn tatsächlich realisiert wird – gesetzlich so abgedeckt werden, daß diese Belastung von 2,3 Milliarden DM nicht bei den Kommunen landet.“

Stromwettbewerb KÖLN. Die deutschen Städte sehen durch den wachsen-

den Preiswettbewerb auf dem Strommarkt sowohl umweltfreundliche Energien als auch tausende von Arbeitsplätzen massiv bedroht. Der Präsident des Deutschen Städetages, der Saarbrücker Oberbürgermeister Hajo Hoffmann, forderte deshalb die Bundesregierung auf, umweltfreundliche Energien durch Gesetzesänderungen vor dem Preiskampf zu schützen und das Sterben der Stadtwerke zu stoppen. Hoffmann erklärte: „Mit dem Preiswettbewerb werden die umweltpolitischen Ziele des Klimaschutzes, der Nutzung regenerativer Energien und der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung zur Disposition gestellt. Umweltfreundliche Stromerzeugungsanlagen der Stadtwerke müssen stillgelegt werden, weil die Preise für Strom aus umweltverträglichen, dezentralen Anlagen nicht mit den neuen Dumpingpreisen konkurrieren können. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, umweltfreundlichen Energien durch eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes Vorrang zu verschaffen.“

Es würden nach einem dramatischen Konzentrationsprozeß nur noch wenige Großenergieversorger am Markt übrig bleiben. Das führt nicht nur zu erheblich geringeren Erlösen bei den Städten und ihren Stadtwerken, sondern auch zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten. Bei den kommunalen Versorgungsunternehmen sind ca. 145.000 Personen beschäftigt. Experten gehen wegen eines großen Stadtwerkesterbens von einem Beschäftigungsrückgang von ca. 30 % aus.

Kein Stadtwerke-Sterben KÖLN. Trotz des Preiskampfes auf dem Strommarkt werden nach Ansicht des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) viele Stadtwerke bestehen können. Der VKU-Vorsitzende Felix Zimmermann erklärte am Mittwoch in Köln, „von einem großflächigen Stadtwerke-Sterben kann überhaupt keine Rede sein“. Die rund 950 Mitgliedsunternehmen des Verbandes könnten sich in einem fairen Wettbewerb behaupten. Vielfach würden sie die „Kampfpreise der großen Stromkonzerne“ nicht nur halten, sondern für bestimmte Kundengruppen sogar unterbieten. Die kommunalen Versorgungsunternehmen hätten ihre Vorteile jedoch längst noch nicht ausgereizt. Da sie nicht nur Strom, sondern auch Gas, Fernwärme, Trinkwasser und anderes mehr aus einer Hand anbieten, seien hier auch völlig neue Paketleistungen zu Sparpreisen denkbar. Solche „all-inclusive“-Angebote könnten die Konkurrenz noch nicht machen. Auch die Vielzahl von Stadtwerke-Kooperationen untereinander würden vom VKU unterstützt. Die Synergieeffekte und bessere Marktposition wären wesentliche Vorteile solcher Zusammenschlüsse.

Zusammenstellung: ulj

Demo gegen Vernichtung der Stadtwerke

Die Gewerkschaft ÖTV ruft die Beschäftigten der kommunalen Energie- und Verkehrsbetriebe und weiterer kommunaler Wirtschaftsbetriebe zu einer zentralen Großdemonstration am 27.9.1999 in Berlin auf. Dabei geht es darum, den kommunalen Unternehmen im Wettbewerb faire Chancen zu eröffnen. „Wir wenden uns nicht gegen die neuen Wettbewerbsstrukturen im Energiemarkt,“ sagte Mai, „wir wenden uns aber dagegen, dass unter dem Ziel der Wettbewerbsorientierung umweltfreundliche Energieerzeugung und der leistungsfähige Bus- und Bahnverkehr geopfert werden.“ In diesem Falle würden die Bürgerinnen und Bürger eine geringe Entlastung auf der Stromrechnung gegen eine Verschlechterung der Umwelt und ihrer Lebensbedingungen eintauschen. Mehrere zehntausend Arbeitsplätze würden vernichtet.

Müssen die kommunalen Kraftwerke abgeschaltet werden, wird eine Lawine losgetreten und die gesamte öffentliche Wirtschaft, die Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger und der Bestand von öffentlichen Dienstleistungen in den Kommunen gefährdet. „Die Stadtwerke geraten mit dem Aus für ihre Kraftwerke in große ökonomische Schwierigkeiten,“ so Mai. Das hätte fatale Auswirkungen für das Gefüge der Kommunalfinanzen und insbesondere die Finanzierung des öffentlichen Bus- und Bahnverkehrs.

Die Stadtwerke werden derzeit in einen ungleichen Wettbewerb geschickt, in dem sie kaum überleben können. An erster Stelle ist die umweltfreundliche kommunale Stromerzeugung in sogenannter Kraft-Wärme-Kopplung gefährdet, die mehr als 60 Stadtwerke aufgebaut haben. Dabei wird hocheffizient

neben Strom auch Fernwärme erzeugt und in die Netze eingespeist. Die dezentralen Kraftwerke werden aber ohne Schutz kaum gegen Billigstrom aus Frankreich oder Osteuropa bestehen können.

Der ungezügelte Wettbewerb hat bereits dazu geführt, daß zahlreiche Kommunen Anteile an ihren Unternehmen verkauft haben. Damit geht den Kommunen eine bislang sichere Einnahmequelle aus den Gewinnen der Energieproduktion und -verteilung verloren. Ausländische Konkurrenten bieten mit Kampfpreisen mit: So möchte der französische Strommonopolist Electricite de France 25 Prozent des Stromversorgers Energie Baden-Württemberg kaufen – um jeden Preis, so scheint es. „Ein derartiger Ausverkauf,“ so der ÖTV-Vorsitzende, „schadet der Umwelt und vernichtet zahllose Arbeitsplätze in Deutschland.“

Die ÖTV fordert von der Bundesregierung, einen wirksamen Schutz der kommunalen Unternehmen im Energiewirtschaftsgesetz zu verankern und den Stadtwerke faire Chancen im Wettbewerb zu erhalten. „Wir wollen,“ so Mai, „dass Schluss gemacht wird mit dem unwürdigen Hase- und Igel-Spiel, das derzeit zwischen Billigstrom-Anbietern und den Stadtwerken mit ihrem Umweltstrom gespielt wird.“

Die ÖTV rechnet mit mehr als 20 000 Demonstranten in Berlin. „Der Unmut und die Furcht vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze ist bei den Kolleginnen und Kollegen in den Stadtwerken und den kommunalen Verkehrsbetrieben groß,“ sagte der ÖTV-Vorsitzende. „Sie werden dieser Entwicklung nicht kampflos zuschauen.“

Quelle: ÖTV-PDt Nr. 51/99 v. 9.9.99

Arbeitsgericht Berlin: Fristlose Kündigung der Tarifverträge für das Berliner Bewachungsgewerbe durch Arbeitgeberverband BDWS war unzulässig

Einen wichtigen Erfolg für die Beschäftigten im Berliner Wach- und Sicherheitsgewerbe erzielte die Gewerkschaft ÖTV Berlin vor dem Berliner Arbeitsgericht. Dieses stellte unmissverständlich klar, dass die Ende letzten Jahres erfolgte fristlose Kündigung der mit der Gewerkschaft ÖTV Berlin geschlossenen Tarifverträge seitens der Berliner Landesgruppe des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) unwirksam ist. Mit dieser Entscheidung ist sichergestellt, dass die jetzigen und künftigen ÖTV-Mitglieder in diesem Beschäftigungsbereich weiterhin Anspruch auf Tariflohn und alle sonstigen tariflichen Arbeitsbedingungen haben (vgl. letzte Ausgabe der Politischen

Berichte). Die ÖTV Berlin hatte stets betont, dass die fristlose Kündigung unter fadenscheinigen und juristisch völlig unhaltbaren Gründen erfolgte. Erklärtes Ziel dieser Vorgehensweise war es, das Tarifniveau im Berliner Wach- und Sicherheitsgewerbe deutlich abzusenken. Dabei befinden sich die Arbeits- und Einkommensbedingungen im Bewachungsgewerbe bereits heute im unteren Bereich der Tarifskala. Erhebliche Verschlechterungen würden in der Konsequenz dazu führen, dass nicht wenige Beschäftigte des Bewachungsgewerbes ergänzende Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssten. „Das Gericht hat dem BDWS einen kräftigen Denkzettel verpasst“, kommentierte Uwe Scharf, stellvertretender Vorsitzender der ÖTV Berlin, das Urteil.

Quelle: nach Presseerklärung ÖTV Berlin v. 2.9.99



Abbau des Stammpersonals, Aufhebungsverträge, Ausbau der Leiharbeit, Überstunden, Samstagsarbeit, Outsourcing ... Spuren im Kampf um Nummer Eins

Computeriese bringt weitere Arbeitshetze

Am 11. August unterzeichneten zwei Elektroriesen ihr „Joint-Venture“: zum 1. Oktober wird Fujitsu Siemens Computers BV (Sitz Niederlande) die Arbeit aufnehmen. Bereits im ersten Geschäftsjahr soll der Umsatz um 25 Prozent auf 14,7 Milliarden Mark steigen. Man will in kürzester Zeit Nummer Eins in Europa und weltweit die Nummer Drei werden.

Sind die Arbeitsplätze nun mit so einem großen Deal sicher? Diese Hoffnung, die die Augsburger Geschäftsleitung verbreitet, wird sich nicht erfüllen. Im Gegenteil. Während der Joint-Venture-Verhandlungen wurde bekannt, daß nach Expertenschätzungen Siemens auf bis zu 30 Prozent seiner Beschäftigten im Com-



puterbereich verzichten muß. Der Konzernsprecher hat diese Zahlen der Wirtschaftswoche nicht kommentiert. Er verwies stattdessen allgemein auf das Restrukturierungsprogramm. Das heißt: Der Siemens-Konzern konnte diesen Vertrag nur abschließen, weil er Erfolge in der Personalpolitik vorweisen und weitere Zusagen konnte.

„An den Start“ ging Siemens (ICP) mit 9000 Beschäftigten. Aber bereits zwei Wochen später wurde bekannt, daß Siemens in Paderborn ein Werk mit 600–700 Beschäftigten verkaufen wird (siehe Kasten).

„PCS bald Futschi“

So lautet eine Behauptung/Frage im „wirus“ – Info-Dienst der Siemens Vertrausleute. Im Juli 1999 heißt es dort: „So plant man jedenfalls bei der PCS (Siemens PC-Werk in Augsburg):

Aktueller Mitarbeiterstand: ca. 1850 MA
 Geplant für 09/99 1801 MA
 Soll am 31.12.2000 1457 MA
 Ergibt einen Mitarbeiterabbau von 400 MA bis Dezember 2000.

Die Geschäftsleitung will dies alles ohne betriebsbedingte Kündigungen schaffen. Über das Wie hat man auch schon nachgedacht und so „glorreiche“ Gedanken entwickelt wie:

Kabelzentr. > Managem. Buy-Out	50 MA
MDL zu Unidata > Outsourcing	120 MA
SNI Plus – SAG > Betriebsüberg.	30 MA
Flachbaugruppe > Man. Buy-Out	250 MA
Weitere Bereiche > Ausgliederung	? MA

Dies bedeutet: 450 plus X Mitarbeiter abgebaut, ohne betriebsbedingte Kündigungen. Solche Ziele können nicht unre Ziele und Vorstellung von Zukunft sein.

Betrachtet man sich die Planungen der Geschäftsleitung, müsste man meinen, der PCS ginge es schlecht. Doch weit gefehlt. Die PCS „ersäuft“ in Arbeit. Die Verfügungszeit und Gleitzeitkonten sind voll!“

Diesen Plänen ständen eigentlich Verträge der Geschäftsleitung mit dem Betriebsrat entgegen. Doch um Nummer 1 zu werden, sind Verträge nicht mehr „in“, der Druck der Verhältnisse entscheidet.

1. Outsourcing bei PCS Augsburg

Geschäftsleitung und Betriebsrat hatten einen Vertrag zur Wegezeit unterschrieben, der bis Ende Juni 2000 läuft. Mit diesem Vertrag verlängerte der Konzern die Arbeitszeit um eine Stunde auf 36 Stunden/Woche, indem er die bisherige Wegezeit (Zeit vom Abstempeln bis zum Arbeitsplatz, die nicht bezahlt wird) von 6 Min. auf 18 Min. ausdehnte. Dafür sagte er vertraglich zu, daß während der Laufzeit am gesamten Standort kein Outsourcing betrieben wird. Doch der Zusammenschluß mit Fujitsu zwingt eben etwas anderes auf. So wird bereits zum 1. Oktober die Kabelfertigung mit 50 Beschäftigten als eigenständiges Unternehmen ausgegliedert. Für ein Jahr haben die Mitarbeiter Bestands-/Tarifschutz, dann sind sie neuen Verhältnissen unterworfen. Um dem Betriebsrat diesen Vertragsverstoß annehmbar zu machen, sollen die 50 Betroffenen das Geld, das sie durch die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde in 1,5 Jahren verloren haben (ca. 70 Stunden), ausbezahlt bekommen.

Aufhebungsverträge

Der Bereich Wareneingangsprüfung, der z.T. im alten Werk angesiedelt war, wurde an die Fa. Pro-Log abgegeben. Ein Teil der Mitarbeiter haben Aufhebungsverträge unterschrieben und erledigen jetzt ihre bisherige Arbeit als Pro-Log-Mitarbeiter. Auch das ist Outsourcing.

In den letzten zwei Jahren schlossen fast 100 Mitarbeiter Aufhebungsverträge ab aus Angst vor einer Entlassung oder wegen der unerträglichen Arbeitsbedingungen. Nach dem Siemens-Fujitsu-Deal wird der Druck, solche Verträge an-

zunehmen, nochmals erhöht. Das Wort „Turboprämie“ macht die Runde: Wer jetzt ausscheidet, dessen „Abfindung“ wird nochmal um 20.000 Mark erhöht.

Ausbau der Leiharbeit

In Punkt 6 des Vertrages zur Jahresarbeitszeitregelung war vereinbart worden, daß nur befristete und unbefristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden dürfen, also keine Leiharbeitsverträge. Tatsächlich wurden fast nur Leiharbeiter genommen, derzeit arbeiten rund 600 von ihnen in der Produktion. Die Agentur Manpower ist der spezielle Anbieter für Siemens, doch der Konzern will noch

28.8.99: Siemens Paderborn will Produktion verkaufen

Kaum hat die Nachricht über die deutsch-japanische Computerallianz Fujitsu-Siemens die Runde gemacht, wurden Siemens-Mitarbeiter in Paderborn gestern mit einer weiteren Neuigkeit konfrontiert: Der Bereich „Produktion“ der Siemens ICP Computer Systems mit mehr als 600 Mitarbeiter soll verkauft werden. Für die Mitarbeiter der Produktion bedeutet dies, dass sie nicht wie geplant in der Fujitsu Siemens Computers übernommen, sondern wahrscheinlich schon bald einen anderen neuen Arbeitgeber bekommen werden. Mit der Veräußerung des Produktionsbereiches verringert sich die Mitarbeiterzahl der Computerallianz Fujitsu Siemens Computers von angekündigten 9000 auf etwa 8400.

Aus: Neue Westfälische vom 28.8.1999

weiter gehen: Er plant gar die Einrichtung einer Betreibergesellschaft, also einer nur dem Konzern verbundenen Leiharbeitervermietung.

Samstag als Regelarbeitstag

Bereits heute kann Siemens an 15 Samstagen arbeiten lassen, allerdings mit 15% Zuschlag als Zeitgutschrift. Jetzt soll dieser Zuschlag entfallen und der Samstag als Regelarbeitstag festgeschrieben werden. Die PCS-Geschäftsleitung hat dem Betriebsrat einen Betriebsvereinbarungsentwurf übergeben, der vorsieht die Betriebsnutzungszeit auf sechs Tage in der Woche zu erhöhen. Dies würde bedeuten, daß in der PCS von Sonntag 22 Uhr bis Samstag 22 Uhr gearbeitet werden kann. Als „kleines Bonbon“ ist dafür ein freier Tag unter der Woche vorgesehen. Den gibt es aber nur, wenn wenig Arbeit da ist oder wieder einmal Teile fehlen.

Natürlich kann einen solchen Vertrag nicht ein noch so bedrängter Betriebsrat unterschreiben, denn er verstößt gegen den Tarifvertrag. Hier müßte die IG Metall als Gewerkschaft ihre Zustimmung geben. Wird sie dem Druck standhalten?

Es wird Zeit, daß darüber mehr in der Gewerkschaft diskutiert wird.

baf/kf

Wirtschaftspresse

Start des Kombilohnprojekt in Hessen im November. HB, Dienstag, 31.8.1999. – Langzeitarbeitslose sollen für einfache Tätigkeiten neben ihrem Lohn „ein Einstiegsgeld“ von ihrer Stadt oder ihrem Landkreis erhalten. Der Sozialhilfeempfänger soll also dadurch zur Aufnahme einer Tätigkeit bewegt werden, dass ihm deutlich mehr Geld in der Tasche bleibt. Über die Höhe des Einstiegsgeldes wird vor Ort entschieden.

Die Reaktion aus der Wirtschaft ist bislang eher flau. Unter vorgehaltener Hand geben Wirtschaftsvertreter inzwischen die Lösung aus, das ganze Modell könnte nur erfolgreich werden, wenn die Sozialhilfeempfänger unter Tarif beschäftigt werden könnten.

„Tarifverträge sind zu sehr auf Großbetriebe zugeschnitten“. HB, Freitag/Samstag, 3./4.1999. – Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) hat die Bundesregierung aufgefordert, beim Sparpaket Kurs zu halten und die Haushaltssolidierung bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode voranzutreiben. Die im Rahmen der Unternehmenssteuerreform geplante Entlastung mit einem Höchstsatz von 35 % müsse gerade für kleine und mittlere Unternehmen verwirklicht werden. Die Opposition hätte die Chance, einem halberherzigen Reformkurs der rot-grünen Koalition eine eindeutige politische Alternative entgegenzusetzen.

DIHT warnt vor Stadtflucht wegen Anwohnerparkzonen. – Vor einer Schädigung des Handels und anderer Wirtschaftsbetriebe durch die geplante Ausweitung von Anwohnerparkzonen in den Innenstädten hat der Dachverband der Industrie- und Handelskammern gewarnt. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages F. Schoser, warf Verkehrsminister F. Münterfering vor, er habe bei den geplanten Änderungen des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Vorschriften die berechtigten Interessen des innerstädtischen Wirtschaftsverkehrs nicht ausreichend berücksichtigt.

Weniger Differenzen zwischen IGM und Gesamtmetall bei betrieblicher Tarifpolitik. HB, Fr/Sag, 10.11.9.99. – IGM und Arbeitgeberverband zeigten sich auf dem Tarifpolitischen Kongress der IGM zu „Reformen“ der Tarifverträge bereit. Vor allem aber über die Rolle der Betriebsparteien bei der Öffnung der Tarifverträge für Regelungen auf Unternehmensebene besteht noch Uneinigkeit.

Presseauswertung: rst



Tagung: Nach dem Balkan-Krieg

Die NATO, die neue Weltordnung und die Gewerkschaften

Am 4. 9. fand in Frankfurt am Main im Gewerkschaftshaus ein Kongress statt, zu dem der Bundesvorstand der dju in der IG Medien, verschiedene Landesbezirke und Gruppierungen der IG Medien und HBV sowie der Bundesausschuss Friedensratschlag, die Initiative linker GewerkschafterInnen, das Zukunftsforum Stuttgart, die Redaktionen express und Sozialismus sowie die Initiative Neue Soziale Politik und Labournet eingeladen hatten.

Der Kongress befasste sich mit der veränderten NATO-Strategie als Notwendigkeit, eine neue Weltordnung durchzusetzen, beleuchtete die Haltung der Gewerkschaften zum Krieg, um zu einer geänderten Gewerkschaftspolitik beizutragen.

Zwei Foren: 1. Krieg als Medieninszenierung und 2. Was kostet der Krieg? fanden statt. Es waren ca. 500 Menschen anwesend.

Frank Deppe, Professor für Politikwissenschaften in Marburg stellte in seinem Eingangsreferat dar, die ostasiatische und europäische Politik innerhalb der letzten zehn Jahre sei gegenüber den USA stark abgewertet worden. Er zitierte die Zeitung *Le monde diplomatique*, die den Kosovo-Krieg als Anfang der Politik des 21. Jahrhunderts beschrieb: ein Krieg neuen Typs auf Grundlage einer „kosmopolitischen Demokratie“. Dies bedeute, dass bestimmte, von den Kriegsmächten definierte „Schurkenstaaten“ von den NATO-Staaten angegriffen würden, wobei die NATO in zweckmäßiger, kleine, angriffsstarke Armeen umgebaut werde. Der USA gehe es hierbei vor allem um die Frage, ob Europa sich auf die militärpolitische Definition der Weltpolitik einlasse. Diese Hinwendung zur Militärpolitik finde Ausdruck in der Philosophie der „Neuen Mittelklasse“ (Blair/Schröder), bei der es vom Markoliberalismus hin zur militärischen Disziplinierung gehe. Deppe stellte eine Kälte gegenüber den Armen im eigenen Land und in der ganzen West fest. Der „Vorwärts“ schrieb neulich: „Wir müssen unsere politisch korrekten Denkgewohnheiten aufgeben“.

Die USA als stärkste Macht fürchte vor allem die Gefahr antihegemonialer Bündnisse wie China–Russland–Indien sowie vor allem Europa. Die Geringsschätzung des Völkerrechts und der Systeme der Kollektiven Sicherheit in Europa, wie es dann in der Diskussion an-

klang, sei falsch, diese Dinge seien ein hohes, zivilisatorisches Gut.

Dieter S. Lutz, Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg, sah als Alternative zur US-Vormacht ein europäisches Sicherheitssystem, in dem friedensschaffende Instrumente und Ziele definiert werden müssten, man könne nicht auf die Abschaffung des Kapitalismus warten. Allerdings leitete er aus den 11 Punkten, die der Kölner Gipfel aufgestellt hatte – z. B. effizientere Rüstungszusammenarbeit zwischen den NATO-Staaten, Integration der WEU in die EU, Aufbau weiterer militärischer Fähigkeiten Europas – ab, dass eine „Zivilmacht Europa“ keine Chance mehr habe. Die OSZE sei nur der kleinere Partner der NATO, auf sie dürfe man nicht bauen.

In der Diskussion wurde die aggressive Rolle der BRD herausgearbeitet, die nicht zuletzt in der Verhängung der DM als Zahlungsmittel im Kosovo drastisch deutlich geworden sei. Ein Angehöriger eines Instituts für Imperialismusforschung in Italien entwickelte, der Kosovo-Krieg sei als Aufteilungskrieg auf zwei Pfeilern aufgebaut gewesen: USA und Europa, die verstärkt konkurrierten. Er betonte, in erster Linie müsse jedoch der kriegsführende Feind des eigenen Landes bekämpft werden.

Franziska Hundsdeder, Vorsitzende der Deutschen Journalistunion, lieferte im Forum I: Krieg als Medieninszenierung, etliche Beispiele für schwerwiegende Falschinformationen der Medien, die, nachdem die Lügen aufflogen, nur am Rande und kaum bemerkt von der großen Öffentlichkeit, korrigiert wurden. Allerdings wandte sich auch Professor Prokop, Kommunikationswissenschaftler der Uni Frankfurt, ganz entschieden gegen die in der Diskussion immer wieder vertretene Auffassung, während dieses Krieges seien die Medien gleichgeschaltet gewesen. Als Gegenbeweis führten sie die „Frankfurter Rundschau“ und die Sendung Monitor an. Beide sahen das Problem in der Jagd nach den Auflagen und der verbreiteten Devise „schneller und sensationeller“. Journalisten seien nach dem Prinzip „hire and fire“ („Niedriglohnteams“ so Prokop) engagiert und müssten in kürzester Zeit die gewünschten Bilder und Berichte liefern. Stattdessen werde Stimmungsjournalismus betrieben. Sorgfältige Recherchen und Kenntnisse seien nicht gefragt. Die do-

kumentarische Darstellung des Schrecklichen habe keinen Aufklärungseffekt.

Ein weiteres Problem seien die „politischen Rücksichten“ der öffentlich-rechtlichen Anstalten; dort werden eben Leute mit entsprechenden Auffassungen eingestellt, manche davon „Parteidolatren“, die jeden Morgen mit dem Bundeskanzleramt telefonieren, entsprechend fällt die Berichterstattung aus.

Prokop beschrieb die heutige Kommunikationspolitik als bewußten Einsatz von Opferbildern und Opfermythen, ein Teufelskreis der Illusion. Man glaube irrtümlich, so die Einschaltquoten zu steigern. So werde an die „ozeanische Fantasie“ (Freud) appelliert, dem Wunsch, in allem aufzugehen, allen zu helfen. Der Verstand würde so ausgeschaltet. Anstatt klar und realistisch abzuwagen, wie man den Opfern helfen könnte, war es gelungen, den Menschen einen Krieg „aufzuschwätzen“. Auch Journalisten müssen sich, so Frau Hundsdeder, immer die Frage stellen: wem nützt dies?

Jörg Huffschmid, Professor für Politische Ökonomie an der Uni Bremen, stellte zum Thema: Was kostet der Krieg? Und wer bezahlt ihn? dar, dass dieser Krieg für die BRD billig gewesen sei: Die USA trügen 90% der Kriegskosten, das Kriegsgerät war bereits vorhanden, musste aktuell nicht angeschafft werden. Die Last des Krieges, die auf uns Steuerzahler abgewälzt werden wird, sei verschwindend gegenüber der Last, die die jugoslawische Bevölkerung zu tragen habe.

Die Angaben über die Zahl der getöteten serbischen Soldaten schwanken zwischen 200 und 10 000, die der Zivilbevölkerung zwischen 1500 und 5000. Der Wiederaufbau wesentlicher Teile der Infrastruktur Jugoslawiens, die Entseuchung der vergifteten Umgebung koste, so schätzt der Chef der Weltbank, 100 Milliarden Dollar. Da keine nennenswerten Banken-Kredite in Sicht seien, habe die (Bau-)Wirtschaft mittelfristig keine Chance, Profite zu realisieren. Mit Jugoslawien trügen auch andere Staaten eine große Kriegslast: Bulgarien, dem mit Jugoslawien der Haupthandelspartner weggebrochen sei, Kroatien, das im letzten Jahr einen Aufschwung des Fremdenverkehrs verzeichnete, der nun wieder völlig wegbliebe. Mazedonien, das einen gut entwickelten Gemüsehandel hatte, der nun kaputt sei.

Die Diskussion war leider von einem großen Drang nach Selbstdarstellung

vieler geprägt und davon, dass sich die Rednerinnen und Redner kaum aufeinander bezogen.

Wichtig die Frage, warum die Gewerkschaften so wenig ablehnend gegenüber dem Krieg reagiert haben: Eine These: die jetzige Regierung sei mit Unterstützung der Gewerkschaften und auch vieler Linken gewählt worden und die Verblüffung über die Kriegstreiber aus dem eigenen Lager habe die Menschen gelähmt. Eine andere: der herrschende Wirtschaftsliberalismus in den Parteien binde auch die Gewerkschaften mit ein, weil, wie Elmar Altvater sagt, die neue Wirtschaftsordnung scheinbar alternativlos sei. Angeblichen Sachzwängen beuge sich auch die führende (Gewerkschafts-)Politik.

Horst Schmitthenner, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IGM, stellte in der Abschlussrunde fest, dass die Kultur der Friedensdiskussion nach dem Zusammenbruch des Ostens aufgehört habe und dass die Friedenspolitik wieder in die gewerkschaftlichen Bildungsprogramme aufgenommen werden muss. Er führte an, dass die IGM-Jugend die einzigen gewesen seien, die einen entschiedenen Antikriegsantrag an den Gewerkschaftstag gestellt hätten. *Berthold Balzer*, Landesvorsitzender der IG Medien Hessen: „Wir sind nicht auf Widerstand gebürstet, was Grundfragen der Demokratie und der Menschenrechte angeht“.

Die Frage: was können wir dazu beitragen, daß wir nächstens besser vorbereitet sind, einem neuen Krieg entgegenzutreten? bewegte viele Diskussionsteilnehmer/innen: Eine Meinung war, die Hetze gegen Milosevic durch unsere Regierung müsse sofort von uns angegriffen werden. Der Standpunkt der BRD, dem jugoslawischen Volk nur dann beim Wiederaufbau zu helfen, wenn es sich von Milosevic befreie, sei als Aufforderung zum Bürgerkrieg zu verstehen. Frank Spieth, Vorsitzender des Landesbezirks Thüringen des DGB rief dazu auf, die Auflösung der Bundeswehr wieder als eine normale Forderung zu diskutieren – warum findet kein Aufschrei statt, dass die Bundeswehr auch bei innenpolitischen Konflikten eingesetzt werden soll? Anne Rieger, IGM Baden-Württemberg, vertrat die Ansicht, die Kolleginnen und Kollegen seien über die Beantwortung der Frage: Wer bezahlt den Krieg? – nämlich wir, gegen den Krieg zu motivieren. Die Initiative: „Diskussion von unten statt Bomben von oben“ schlug vor, serbische Gewerkschaftsvertretungen einzuladen und den Kontakt mit ihnen zu halten, um Unterstützung hier zu organisieren. Ein Diskussionsteilnehmer berichtete, dass am 30.10. in Berlin ein „moralisches Tribunal“ gegen die NATO-Kriegstreiber stattfinde. Initiatoren sind Personen aus der Schweiz, BRD, Bulgarien, Italien und allein aus Griechenland zehn oberste Richter.

frr, rst

IN UND BEI
DER PDS

Mit Infoständen und Unterschriftensammlung hatte die PDS Anfang September eine Kampagne „Endlich gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West! Forderungen an die Bundesregierung“ begonnen.

Im folgenden der Aufruf:

Bundeskanzler Kohl versprach, im Osten „blühende Landschaften“ zu schaffen. Bundeskanzler Schröder wollte den Aufbau Ost zur „Chefsache“ machen. Für uns ist die Situation in Ostdeutschland Anlass für die Forderung gegenüber den Regierenden: Ostdeutschland braucht eine andere Politik! Mit dem „Sparpaket“ hat die Bundesregierung die falschen Signale gesetzt: Abbau statt Umbau der Ostförderung, Verlagerung von Lasten und Kosten auf Länder und Kommunen. Kein Wort zum Abbau der Benachteiligungen Ostdeutscher und dazu, wie bestehende Blockaden für die Entwicklung in den neuen Bundesländern aufgebrochen werden sollen. Anstelle dessen vor allem spürbare Eingriffe in Leistungen für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner.

Wir sind der Meinung: Die Bundesregierung muss mit der Umverteilung von oben nach unten ernst machen. Große Konzerne, Versicherungsgesellschaften, Banken und wirklich Vermögende müssen über Vermögensabgabe und Vermögenssteuer stärker als bisher für die Finanzierung öffentlich notwendiger Aufgaben in Anspruch genommen werden. Wir fordern von der Bundesregierung vor allem wirksame Schritte

- zur Bekämpfung der besonders hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend den spezifisch ostdeutschen Bedingungen eine Chance einzuräumen und zugleich auch öffentlich geförderte Beschäftigung auszubauen;

- gegen jegliche Versuche einer offenen oder verdeckten Abwicklung der Bodenreform – das Bodenreformland muss auch im vereinten Deutschland im Besitz der ostdeutschen Eigentümer und Nutzer bleiben;

- zur Bildung eines Solidarfonds mit den Regierenden der neuen Länder – er soll ostdeutsche Kommunen vor Überschuldung und Bürger vor unbezahlbaren Wasser-, Abwasser- und Erschließungskosten bewahren;

- zur Streichung der Stichtagsregelung und zur Beendigung der Verdrängung von Eigentümern und Nutzern von ihren Wohn- und Erholungsgrundstücken;

- zur Aufhebung des bestehenden Privatisierungszwangs für kommunale und genossenschaftliche Wohnungen, der an den realen Bedürfnissen der Mieter vorbeigeht;

- zur Beseitigung der bestehenden „Sozialmauer“ zwischen Ost und West durch Einführung eines Solidarausgleichs zwischen den Krankenkassen in den alten und neuen Ländern;

- zur Erarbeitung eines „Fahrplanes“ für die Angleichung der Renten in Ost und West sowie zur zügigen Beseitigung bestehender Versorgungslücken wie auch politisch motivierter Rentenkürzungen;

- zur gesetzlichen Anerkennung von DDR-Berufsabschlüssen, die eine wesentliche Voraussetzung für den gleichberechtigten Zugang der Ostdeutschen zum Arbeitsmarkt ist;

- zur Angleichung der Arbeitszeit in Ost und West und zur Erarbeitung eines „Fahrplanes“ für Lohn- und Gehaltsangleichungen und damit für die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

So wie soziale Gerechtigkeit Grundbedingung für eine menschliche, wirklich moderne Politik ist, sind gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West eine Grundbedingung für den Vollzug der deutschen Einheit.

Literaturvertrieb der PDS

Der PDS-Literaturvertrieb führt die Publikationen u.a. folgender Verlage:

Dietz Verlag Berlin;
edition ost;
verlag am park;
Eulenspiegel Verlag;
Spotless-Verlag;
Frankfurter Oder Editionen;
GNN-Verlag Leipzig/Berlin.

Außerdem sind die Schriftenreihen der Stiftung für sozialistische Politik "Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V." und von "Helle Panke" über den PDS-Literaturvertrieb zu beziehen.

Über den PDS-Literaturvertrieb können die veröffentlichten Protokollbände aller Parteitage der PDS als Druck oder gegen eine Kopiergebühr zuzüglich Porto bezogen werden.

PDS-Literaturvertrieb
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: (030) 24 009 228
Telefax: (030) 24 009 220

eMail: literaturvertrieb@pds-online.de

Was will der Wähler, was wollen die Parteien?

Zwar sprechen viele Kommentatoren und Politiker davon, daß die CDU bei den letzten Wahlen links von der SPD aufgetaucht sei, sogar über Bündnisse zwischen DGB und CDU wird spekuliert. Man sollte aber nicht vergessen, die Siegesserie der Union gegen SPD/Grüne wurde in Hessen nicht mit der Rentenkritik, sondern der ausländerfeindlich gefärbten Doppelpaß-Kampagne begonnen. Die Richtungsentwicklung und auch die Entwicklung der politische Stärke der verschiedenen Parteien ist recht kompliziert: Nicht sicher ist, ob die SPD und die Grünen als Regierungsparteien am Ende ih-

res Lateins angelangt sind. Der politische Standort der Union wird im Moment durch soziale Demagogie vernebelt. Ein Ende der FDP ist trotz verheerender Niederlagen bei den Landtagswahlen eher wünschenswert als wahrscheinlich. Die PDS hat nun endlich Erfolge auch im Westen, steht aber auch vor einer Programmdiskussion. Eine Bewertung aller Entwicklungen ist noch kaum möglich. Um aber wenigstens einen Überblick über vorhandene Einschätzungen in den verschiedenen Lagern zu geben, dokumentieren wir ausführlich Stellungnahmen aus den Parteien und dem Parteimilieu. alk

„Desaster für Schröder“

Wolfgang Schäuble



Der CDU-Vorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble bezeichnete die „großartigen“ Erfolge der CDU bei den Landtagswahlen in Thüringen und den

Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen als „Desaster“ für Bundeskanzler Gerhard Schröder. „Wir haben wieder eine katastrophale Niederlage der SPD erlebt“, so Schäuble.

Gleichzeitig machte Schäuble nach Sitzungen von CDU-Präsidium und Bundesvorstand am Montag in Berlin darauf aufmerksam, dass mit Bernard Vogel in Thüringen erstmals in diesem Jahr ein CDU-Regierungschef zur Wahl stand und überzeugend gewonnen habe. Erfreut sei er, dass der rechtsextremen DVU in Thüringen der Einzug in den Landtag verwehrt wurde. Durch die erfolgreiche Landespolitik von Bernhard Vogel sei es nicht zur Stärkung rechtsextremer Protestwähler gekommen, wie dies in Sachsen-Anhalt und in Brandenburg, wo die SPD alleine oder mit der PDS schlechte Ergebnisse in der Landespolitik zu verantworten habe, geschehen sei.

Schäuble betonte weiter, bei den Kommunalwahlen in NRW habe die CDU in 28 von 54 Kreisen oder kreisfreien Städten bereits im ersten Wahlgang gewonnen. Sie habe damit in 11 Fällen bereits im ersten Wahlgang SPD-Vorgänger abgelöst. Die SPD konnte im ersten Wahlgang nur 3 Oberbürgermeister behaupten. Dies sei eine „unglaubliche Veränderung“ und beschreibe deutlich das Ausmaß der „erdrutschartigen Niederlage“ der SPD.

Schäuble zeigte sich besorgt, dass es „in den öffentlichen Debatten – von der SPD-Spitze geschürt – einzig um die Frage geht, wer im Jahr 2002 die Bundestagswahl gewinnen werde“. „Es darf nicht sein, dass in Deutschland in den nächsten drei Jahren nur noch Wahlkampf geführt wird, weil die Bundesregierung unfähig ist zu regieren. Wenn wir in Deutschland so weitermachen, brauchen wir uns über mangelnde Wahlbeteiligung nicht mehr zu wundern.“

Die CDU sei bereit, ihre Verantwor-

tung wahrzunehmen. Die Bundesregierung müsse unter den „Druck besserer Alternativen“ gesetzt werden. Je mehr Verantwortung der CDU im Bundesrat zuwachse, desto mehr wolle sie sie „im Sinne einer Mitgestaltung und Beeinflussung der Politik nutzen“. Man sei bereit zu einer Steuerreform, wenn sie nicht auf Kosten des Mittelstandes Kapitalgesellschaften entlaste. Keinesfalls werde die CDU aber die „willkürliche Manipulation“ der Renten mittragen. „Was wir brauchen, ist eine bessere Politik für Deutschland.“



Bernhard Vogel

Der bei der Landtagswahl in Thüringen siegreiche CDU-Ministerpräsident Bernhard Vogel wies darauf hin, dass dies das beste Ergebnis der CDU in Thüringen seit Bestehen des Freistaates sei. Die Mehrheit der Wähler habe sich aus landespolitischen Gründen für die CDU entschieden. „Die Wähler wollten offensichtlich nicht, dass die PDS an einer Landesregierung beteiligt würde.“ Vogel sieht das schlechte Abschneiden der SPD als Resultat für ihre mangelnde Aussage vor der Wahl, mit wem sie koalieren wollte. „Die SPD wird gut beraten sein, sich noch einmal mit ihrem Verhältnis zur PDS in den jungen Ländern zu befassen. Die Verluste der SPD haben immer zu deutlichen Gewinnen der PDS geführt.“

Das Wahlergebnis führe dazu, dass Thüringen zum ersten Mal eine Stimme im Bundesrat habe. Ministerpräsident Vogel sieht in dem Wahlergebnis jedoch „keine Aufforderung, zu allem, was die Bundesregierung vorlegt, Nein zu sagen“. Es gelte, an der Regierung und Verwaltung der Bundesrepublik dem Grundgesetz entsprechend teilzunehmen und insbesondere die Interessen des Freistaates Thüringen zu vertreten. „Wir sind nicht dagegen, dass der neue Bundesfinanzminister sparen will, wir sind auch nicht dagegen, dass Reformen durchgeführt werden sollen, aber wir wenden uns dagegen, dass wesentliche Teile des Sparpakets die ostdeutschen Länder stärker belasten als die westdeutschen.“ Als Beispiel führte Vogel an, dass gesetzlich beschlossene Verkehrsprojekte gestoppt

worden seien. Vogel bietet der Bundesregierung darüber hinaus Unterstützung „für mehr Professionalität“ an. Zu viele Gesetze seien vorgelegt worden, „die bereits bei ihrer Verabschiedung wieder für die Korrektur empfohlen werden mussten“. Beispiel: das 630-DM-Gesetz. Die Staatskanzleien der Länder sollten hier ihren Einfluss bereits vor Verabsiedlung von Gesetzen geltend machen.

CDU-Bundesgeschäftsstelle, 13.9.99



„Eindeutige Niederlage“

Franz Müntefering

Daran gibt es nichts zu deuteln: Die Wahlergebnisse in Thüringen und in Nordrhein-Westfalen sind eine eindeutige Niederlage für die SPD. Hinter den Ergebnissen steckt eine klare Botschaft: Dies ist ein Denkzettel und eine Warnung an die SPD. Die Ursachen für dieses Wahlverhalten sind teilweise regional und lokal verschuldet, hängen aber überwiegend mit der politischen Großwetterlage zusammen. In einzelnen Städten in Nordrhein-Westfalen gab es Fehlverhalten einzelner Personen, das zu schlimmen Auswirkungen geführt hat. Die Partei als Ganzes kann dafür aber nicht verantwortlich gemacht werden.

Die Wahlergebnisse sind ein Erfolg für die CDU, aber kein Sieg. Sie gewinnt keine Stimmen hinzu, in Nordrhein-Westfalen hat sie sogar fast eine halbe Million Stimmen verloren. Ein Trost ist dies nicht, denn die SPD hat dramatisch mehr verloren. Es war kein Sieg der CDU, aber eine Niederlage der SPD. In manchen SPD-Hochburgen im Ruhrgebiet lag die Wahlbeteiligung bei nicht einmal 45%. So in Gelsenkirchen: 44,4%. Die Wählerinnen und Wähler haben uns dieses Mal ihr Vertrauen verweigert. Sie warten ab. Daraus müssen wir eine Chance machen.

Es gab auch Gutes zu vermelden: In Duisburg hat die SPD-OB-Kandidatin Bärbel Zieling bereits im ersten Wahlgang einen großartigen Erfolg erzielt. In der schwarzen Hochburg Aachen hat Jürgen Linden gewonnen, in Oberhausen hat Burkhard Drescher fast 57% erreicht. In weiteren 14 Großstädten gibt es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und CDU. Die endgültige Entscheidung fällt

erst in zwei Wochen. Es ist weiter Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen. In Thüringen hat Bernhard Vogel den Ministerpräsidenten-Bonus voll nützen können. Bei niedriger Wahlbeteiligung hat die PDS mit ihrem treuen Wählerstamm ein prozentual gutes Ergebnis. Die Rechtsextremen blieben draußen.

Viele Menschen sind derzeit unzufrieden mit der Bundespolitik. Dass es nicht leicht werden würde, war uns klar nach dem Wahlsieg am 27. September 1998. In Deutschland hatte sich in den Jahren der Kohl-Regierung ein politischer Reformstau aufgebaut. Die tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen wurden verschlafen. Wir schlagen neue, manchmal auch unbequeme Wege ein, um die Probleme unseres Landes zu lösen. Mit unserem Zukunftsprogramm bewegen wir uns in die richtige Richtung. Aber es bleibt noch viel zu tun. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die nötigen Ausbildungsplätze für die jungen Menschen, eine sichere und auch auf lange Zeit tragfähige Altersvorsorge, der Ausbau im Bereich Wissenschaft und Forschung, all dies dauert seine Zeit. Dabei gilt gerade für Sozialdemokraten: Gerechtigkeit muss das Heute im Griff haben und das Morgen im Blick. Der Staat muss handlungsfähig bleiben und das kann er nur, wenn er solide wirtschaftet. Gerechtigkeit, die nicht die Zukunftsfähigkeit mit bedenkt, ist im Kern unsolidarisch. Es muss vermittelt werden, auch wenn es schwer ist. Und unsere Politik für Innovation und soziale Gerechtigkeit muss geschlossen vertreten werden von dem Führungsteam, von Partei, Regierung und Fraktion. Gewissensentscheidungen sind die Ausnahme. Ansonsten muss gelten: Die Mehrheitsentscheidungen der Gremien müssen volle Unterstützung haben. Der Weg, den wir begonnen haben, ist richtig und es gibt dazu keine vernünftige Alternative. Er ist schwer und nicht von Beginn an populär.

In Nordrhein-Westfalen konzentriert sich nun alle Anstrengung auf den 2. Wahlgang am 26. September. In 14 Großstädten und zahlreichen anderen Städten gibt es in zwei Wochen Stichwahlen um die Oberbürgermeister- bzw. Bürgermeisterposten. Die am 12.09. für uns gestimmt haben, müssen wieder überzeugt werden. Und die sich jetzt verweigert haben, müssen neu gewonnen werden. Wir nehmen die Herausforderung an.



Ein Vermittlungsproblem?

taz-Kommentare: Warum die Bündnisgrünen die Wahlen verloren haben

Die Scheinheiligkeit der Begründungen ist kaum noch zu überbieten, mit denen Spitzenpolitiker von Bündnis 90/Die Grünen seit Monaten die Serie von Wahlniederlagen ihrer Partei erklären. Mal führen sie die Verluste auf das schlechte Erscheinungsbild der Bun-

desregierung insgesamt zurück, mal darauf, dass die Ostdeutschen mit den traditionellen grünen Themen nichts anzufangen wissen, und immer darauf, dass der bedeutende grüne Anteil an der fabelhaften Politik der Koalition nicht kenntlich genug wird, anders ausgedrückt: auf ein „Vermittlungsproblem“.

Wer so etwas behauptet, unterstellt zugleich den eigenen WählerInnen ein im medizinischen Sinne alarmierend schlechtes Gedächtnis. Sie alle haben die Partei im September aus Gründen gewählt, von denen heute nicht mehr viele übrig geblieben sind. Die größte interne Zerreißprobe ist gerade vier Monate her. Mit relativ knapper Mehrheit hat im Mai die Bundesdelegiertenkonferenz in Bielefeld die deutsche Beteiligung am Nato-Angriff gegen Jugoslawien gebilligt. Viele von denen, die für den entsprechenden Antrag des Bundesvorstands stimmten, machten deutlich, dass sie eine Grundsatzdiskussion über außenpolitische Fragen für überfällig hielten. Wer gegen den völkerrechtlich umstrittenen Einsatz votierte, ließ erkennen, dass zugleich die Bindung an die Partei insgesamt in Frage stand.

Der Kosovo-Krieg ist vorbei – eine andere Sau läuft durchs Dorf. Das scheinen zumindest diejenigen zu hoffen, die den Nato-Einsatz im Zusammenhang mit der Analyse ihrer Wahlniederlagen einfach nicht mehr erwähnen. Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und der Ausstieg aus der Atomenergie spielen ebenfalls keine Rolle mehr. Stattdessen tun Bundespolitiker so, als seien Rentenreform und Sparpaket ausschlaggebend für die Wahlentscheidungen ihrer Anhängerschaft. Das glauben sie doch selber nicht.

Auch die FDP hatte nur so lange eine Überlebenschance, weil sie sich nicht alleine auf das traditionell gute Image der von ihr gestellten Außenminister verlassen hat. Wenn Bündnis 90/Die Grünen nicht endlich auch zu unbequemen Fragen unmissverständlich Stellung beziehen, dann haben sie es verdient, von der politischen Bühne zu verschwinden. Es ist wahr, dass Opposition kein Selbstzweck ist und eine Partei keine Angst davor haben darf, zu regieren. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Auch Regierungsverantwortung ist kein Selbstzweck.

Bettina Gaus

Das Kernproblem der Bündnisgrünen im Osten ist, dass das Modell der West-Grünen schematisch dorthin übertragen wurde

Keine Partei ohne Milieu

Das Dämpeln der Bündnisgrünen im Osten geht weiter, ohne dass die Verantwortlichen sich bemüht fühlen, den tieferen Ursachen des Debakels auf den Grund zu gehen. Und: Die Talsohle ist noch längst nicht erreicht.

Für die Parteistrukturen im Osten stellt sich angesichts dieser Lage ernsthaft die Frage, welchen Sinn ein stures

Weitermachen noch hat. Zumal auch Rückstoßeffekte in den Westen mittlerweile nicht mehr auszuschließen sind.

Dabei ist das Kernproblem der Grünen im Osten keineswegs der Mangel an sozialen und ökologischen Alternativkonzepten, sondern die Tatsache, dass ihre Konzepte – anders als im Westen – nicht auf ein entsprechendes Milieu stoßen. Ohne ein solches Milieu – das hat die west-alternative Geschichte hinlänglich bewiesen – ist aber ein erfolgreiches neues Parteiprojekt unmöglich. Das bewährte westdeutsche Modell einer Bewegungspartei schematisch und ohne Rücksicht auf die mental und strukturell unterschiedliche Situation im Osten übertragen zu haben, erweist sich nun als der kardinale Konstruktionsfehler der Partei der Ost-Grünen. (...) Erhard O. Müller



(Zweck)-Optimismus

Westwelle-Interview mit dem „Offenburger Tageblatt“

F.D.P.-Generalsekretär Dr. Guido Westerwelle gab dem „Offenburger Tageblatt“ (14.9.) das folgende Interview. Die Fragen stellte Rüdiger Klausmann.

Frage: Eine F.D.P.-Wahlniederlage jagt die nächste, wann lösen Sie Wolfgang Gerhardt als Parteichef ab?

Westerwelle: Wir haben heute Präsidiumpssitzung gehabt. Niemand hat eine Personaldebatte begonnen. Und ich werde so eine Debatte auch nicht führen. Ich halte dies auch für überflüssig und kontraproduktiv. (...)

Frage: Aber Sie können die Niederlage bei den Landtagswahlen nicht wegdiskutieren. Die F.D.P. bewegt sich auf dem Stimmenniveau einer Splitterpartei.

Westerwelle: In Thüringen hat sich der Landesvorsitzende der F.D.P., Heinrich Arends, zu der Verrücktheit hinreißen lassen, zu der Wahl der CDU aufzurufen. Da kann man es den Wählerinnen und Wählern nicht verübeln, dass sie uns nicht gewählt haben. Die Verantwortung für das Thüringer Wahlergebnis trägt Herr Arends. Er wird deshalb jetzt mit einem Ausschuss- und Amtsenthebungsverfahren konfrontiert werden. Dass wir auch in Thüringen sehr viel erfolgreicher sein können, hat die Kommunalwahl vor drei Monaten gezeigt. Dort hatten wir deutlich über vier Prozent.

Frage: Mit diesem Ergebnis wäre die F.D.P. auch nicht in den Landtag eingezogen.

Westerwelle: Ich habe ja nicht gesagt, dass ich die F.D.P. gesundreden möchte. Ich habe nur verdeutlicht, dass die kommunalpolitische Basis stärker ist, als das Ergebnis aussagt.

Frage: Demnach hat es den Eindruck, als ob die F.D.P. für den Wähler überflüssig geworden ist. Wenn sie gewählt wird dann nur, falls man sie für eine Koalition benötigt.

Westerwelle: Das sehe ich völlig anders. Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen zeigen ein völlig anderes Bild. Obwohl es keine Fünf-Prozent-Hürde gab, sind wir in vielen Städten mit deutlichen Zuwächsen über die Hürde gesprungen. Das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen ist noch kein Leuchtefeuer, aber zumindest ein Hoffnungsschimmer.

Frage: Dann ist die F.D.P. kein Auslaufmodell?

Westerwelle: Ganz im Gegenteil. Die F.D.P. muss sich jetzt von unten wieder aufforsten. Deshalb ist die Stärkung des kommunalen Fundaments so wichtig. In Nordrhein-Westfalen haben wir jetzt die Basis dafür geschaffen, dass wir im Frühjahr bei den Landtagswahlen erfolgreich sein können. Ich weiß um die Schwierigkeiten, in denen wir stecken. Nordrhein-Westfalen hat aber auch gezeigt: Dort wo die F.D.P. kompetent auftritt, dort wird sie auch gewählt.

Frage: Dennoch, es ist eine Tatsache, dass die CDU den Übergang in die Opposition wesentlich besser bewältigt hat als die F.D.P. Wieso kommt die ganze Unmutsstimmung gegenüber Rot-Grün nur der CDU zugute?

Westerwelle: Die CDU profitiert im Augenblick davon, dass Rot-Grün die Menschen so enttäuscht. Auch die CDU wird in absehbarer Zeit nicht darum herumkommen, zu sagen, welche Alternativen sie anzubieten hat. Da ist die F.D.P. schon ein Stück weiter. Wir haben bereits ein neues Grundsatzprogramm. Auch die CDU wird irgendwann erkennen, dass der reine Protest gegen Rot-Grün, ohne Alternativen aufzuzeigen, auf Dauer zu wenig ist.

Frage: Die F.D.P. hat zwar Alternativen, aber sie schafft es nicht, diese den Menschen zu vermitteln.

Westerwelle: Diese Analyse teile ich. Deshalb haben wir heute auch beschlossen, drei liberale Foren mit den Themen „Steuersenkung“, „Liberaler ist sozialer“ und „Bessere Chancen durch bessere Bildung“ einzurichten. Diese drei Themen werden in der nächsten Zeit die Kampagnenthemen der F.D.P. sein. Geleitet werden die drei Foren von unseren stellvertretenden Länder-Ministerpräsidenten Walter Döring, Hans-Arthur Bauckhage, Ruth Wagner.

Frage: Man will also verstärkt in der Öffentlichkeit präsent sein, damit nicht wieder wie beim Thema Vereinfachung des Steuersystems F.D.P.-Vorschläge erst dann diskutiert werden, wenn sie der SPD-Fraktionschef Peter Struck vorträgt.

Westerwelle: Ganz genau. Die F.D.P. muss angriffslustiger und kampagnenfähiger werden. Wir müssen mit den Pfunden, die wir haben, wuchern.

Frage: Ganz ehrlich, Herr Westerwelle, die Wahlen in Sachsen und Berlin kann die F.D.P. doch bereits jetzt abhaken.

Westerwelle: Nein. Das werden wir nie mals tun. Wir kämpfen bei jeder Wahl um den Erfolg. Auch in Sachsen und Berlin.

PDS erstmals zweitstärkste Partei in einem Bundesland

Erklärung des Parteivorsitzenden der PDS, Prof. Lothar Bisky, der stellvertretenden Parteivorsitzenden und Thüringer Spitzenkandidatin Gabriele Zimmer, des stellvertretenden Parteivorsitzenden Diether Dehm und des Bundesgeschäftsführers Dietmar Bartsch

Diesen Wahlsonntag wird die PDS mit konsequentem Realismus interpretieren. Aber der große Erfolg der PDS in Thüringen und der breite Durchbruch in Nordrhein-Westfalen bestätigen den Anspruch der PDS, im Kampf um den dritten Platz im bundesdeutschen Parteiensystem ein entscheidendes Wort mitzureden.

Das Landtagswahlergebnis in Thüringen ist aus Sicht der PDS möglicherweise eine Zäsur. Zum ersten Mal ist die Partei des Demokratischen Sozialismus zweitstärkste Partei bei Landtagswahlen geworden. Sie hat mehr Stimmen erreicht als SPD und Bündnisgrün zusammen. Damit wächst die Verantwortung der PDS für die langfristige Entwicklung eines Mehrheitsblocks jenseits von CDU/CSU und FDP. Das gilt um so mehr, als zugleich die Möglichkeiten für soziale Gerechtigkeit durch die Politik und den Zustand der SPD dramatisch verringert werden. Die SPD hat in Thüringen weit mehr als ein Drittel ihrer Wählerinnen und Wähler (in absoluten Zahlen sogar die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler) verloren, die Grünen sogar fast zwei Drittels ihres Potentials.

Die Thüringer PDS hat einen sehr großen Erfolg errungen. Es gibt nunmehr auch bei Landtagswahlen keinen Wahlkreis in Ostdeutschland mehr ohne zweistellige PDS-Ergebnisse, nachdem auch in den beiden Eichsfeldkreisen mehr als 10 Prozent erreicht wurden. Die PDS ist in den meisten Wahlkreisen, darunter auch in den meisten ländlichen Wahlkreisen, zweitstärkste Partei geworden. Sie hat in Ost-, Nord- und vor allem Südtüringen überproportional zugelegt und zum Teil ihre Wahlergebnisse fast verdoppelt. Damit sind in vielen Thüringer Regionen neue, zumindest wesentlich verstärkte Wirkungsmöglichkeiten der Sozialistinnen und Sozialisten entstanden.

Die Freude über das eigene Wahlergebnis wird durch die absolute Mehrheit, die die CDU erreicht hat, getrübt. Damit steht fest, dass eine Politik sozialer Kälte und der Tatenlosigkeit in der Beschäftigungspolitik nicht nur fortgesetzt, sondern verstärkt werden wird. Die Verantwortung hierfür liegt eindeutig bei der Bundes- und Landespolitik der SPD. Dafür haben die Sozialdemokraten die Quittung der Wählerinnen und Wähler und insbesondere eben jener Wählerinnen und Wähler erhalten, die am 27. September 1998 sozialdemokratisch gewählt hatten. Der Bruch zahlreicher Wahlversprechen durch die Bundesregierung und die Tatsache, dass die Schröder/Fischer-

Regierung die Umverteilung von unten nach oben fortsetzt und die soziale Ungerechtigkeit der Kohl-Regierung sogar noch verschärft, insbesondere in Ostdeutschland, hat zu einem Ausmaß der Enttäuschung und zu einem Tempo des Zusammenbruchs des sozialdemokratisch-grünen Wählersockels geführt, die in der Wahlgeschichte der Bundesrepublik Deutschland beispiellos sind.

SPD und Grüne haben die Möglichkeiten des Bundestagswahlergebnisses für einen Politikwechsel missachtet. Auf das Wahldesaster vom vergangenen Sonntag in Brandenburg und im Saarland haben sie mit der Arroganz des „Weiter so!“ reagiert. Es ist daher folgerichtig, dass ihre Niederlagen in Thüringen und Nordrhein-Westfalen noch krasser ausfielen. Die Tragik liegt jedoch darin, dass nunmehr auch die numerische Chance für eine Politik jenseits des Neoliberalismus endgültig zerstört zu werden droht. Die PDS steht unter diesen Umständen auf allen Ebenen vor der Aufgabe, auf das intensivste und zum Teil in neuer Qualität parlamentarische und außerparlamentarische Kompetenz zu verstärken, um das jeweilige Gerede von CDU/CSU und SPD-Bündnis 90/Die Grünen über die Alternativlosigkeit ihrer Politik massen- und öffentlichkeitswirksam zu widerlegen. Die Ausgangsbedingungen seitens der PDS dafür sind durchaus günstig.

Zum ersten Mal in der Geschichte ihrer Wahlkämpfe kann die PDS einen ostwestdeutschen Doppelerfolg verzeichnen. Wir erkennen nicht, dass die PDS in Nordrhein-Westfalen diesen Erfolg nach wie vor auf einem niedrigen Niveau der Wählerzustimmung erreicht hat, dennoch ist er angesichts der Breite bemerkenswerter Wahlergebnisse für die PDS ein gewisser Durchbruch... Der Weg über die Kommunen und über die Gewinnung kommunalpolitischer Kompetenz und Akzeptanz kann für die PDS die Voraussetzungen schaffen, ihr Wahlziel von 2 Prozent bei der Bundestagswahl 2002 in den alten Bundesländern zu erreichen ...

Die PDS betrachtet den weiteren Rückgang der Wahlbeteiligung als ein überaus ernstes Alarmsignal. Sie hält es aber für arrogant, wenn daraus durch die Bündnisgrünen hinsichtlich Ostdeutschlands eine mangelnde Zustimmung zur Demokratie abgeleitet wird. Das Gegen teil ist richtig. Eine Politik, die sich über den demokratischen Willen der Wählerinnen und Wähler hinwegsetzt, wie es die gegenwärtige Bundesregierung praktiziert, ist die eigentliche Ursache für Wahl- und Parteienverdruss der Bürgerinnen und Bürger. Es waren eben auch vor allem die Wählerinnen und Wähler der beiden Regierungsparteien, die an den Wahlen nicht mehr teilgenommen haben. Der Nichteinzug neofaschistischer Parteien in den Thüringer Landtag kann daher auch nicht darüber hinweg täuschen, dass demokratische politische Kultur nach wie vor gefährdet ist. •

Laudatio für den Seerosenpreisträger Guido Zingerl

Am 31. August 1999 wurde der von der Stadt München gestiftete „Seerosenpreis 1999“ an Marie-Luise Heller und an Guido Zingerl verliehen. Die Laudatio für Guido Zingerl wurde von Rainer Hachfeld aus Berlin gehalten, der diese freundlicherweise den Münchner Lokalberichten zur Verfügung gestellt hat.

Verehrte Preisträgerin, lieber Zingerl, meine Damen und Herren

„Eine mit Blumen und Blättern übersäte Wasserwiese, entzündet durch die Fackel der Sonne und glitzernd im Wechselspiel des Lichts zwischen Himmel und Wasserspiegel“, so beschrieb der ehemalige französische Ministerpräsident und Staatsmann Georges Clemenceau die Seerosen-Bilder seines Freundes Claude Monet. Und an die mußte ich natürlich denken, als ich in Berlin hörte, daß der Zingerl den „Seerosenpreis“ bekommt. Ein Preis – dachte ich – mit diesem Namen wird wohl speziell an Garten- und Landschaftsmaler vergeben. Und letzteres ist Zingerl ja auch. Trotzdem war ich einigermaßen erschüttert, denn man kann, selbst wenn man den Zingerl nur wegen seiner Landschaften preist, alles andere, was diesen Künstler so unübersehbar macht, nicht einfach weglassen, Seerose hin – Seerose her! Als ich dann hörte, daß es sich bei dieser „Seerose“ um eine Schwabinger Kneipe handelte und der nach ihr benannte Künstlerkreis 1950 angeblich nach dem Genuß einer Flasche Cognac aus der Taufe gehoben wurde, war ich wieder beruhigt. Nach meinen Recherchen im Internet gibt es den Seerosenpreis des Seerosenkreises seit 1961 – novelliert seit 1991, was wohl heißt, daß es seitdem weniger Geld gibt. Denn anfangs waren es meistens sechs, ab 1984 drei und seit 1992 stets zwei Preisträger, insgesamt waren es einhundertundzwei, darunter gerade mal zehn weibliche. So-

viel zum Preis, nun zum Preisträger Zingerl.

Ich bin kein Kunsthistoriker und deswegen bei der Beschreibung der Besonderheiten in Zingerls Malerei auf Zitate von Fachleuten angewiesen, Zitate allerdings, die mich überzeugen. Ich zitiere also: „Die Optik dieser Malerei richtet sich nicht nach den Regeln ihres Faches. (...) Zingerl dimensioniert seine Figuren und Symbole und stellt sie so zusammen, wie er sie braucht. Er reduziert die Menschen nicht zu Scherben, sondern läßt sie sich selbst und ihre Fähigkeiten in ihrem zielgerichteten Tun herausbilden: Wer läuft braucht Beine, wer sitzt einen Hintern – und die kleinen Leute brauchen starke Köpfe. Keine Proportion ist ein für allemal festgelegt, das Oben und Unten ist relativ, die Schwerkraft wirkt selten in der Senkrechten, der Horizont ist durchgebogen, manchmal hängt er seitlich herunter. Viel Freizügigkeit herrscht beim Umgang mit der Bildfläche. Das Quadrat – das bevorzugte Bildformat – engt wohl am wenigsten ein. Hoch turmen sich darin hybride Bauten, technische Apparaturen und die Hierarchie des Klassenstaats, aber auch die Bergmassive und Volksmassen, Arbeiterheere und Demonstrationszüge. Reicht die Bildhöhe nicht aus, Größe zu demonstrieren, wird die längere Diagonale genutzt. Im „Aufrechten Gang“ werden gerade in der Schrägen der Hauptfigur Widerstand und historischer Fortschritt anschaulich gemacht.“ – Ende des Zitats von Werner Marschall, 1983 in „*tendenzen*“.

Was mich betrifft, hat mir Zingerls Malerei von Anfang an gefallen, und immer besser, je mehr ich davon kennengelernt und je öfter ich sie gesehen habe. Ich sage es schon an anderer Stelle: Viel mehr Menschen müßten diese Bilder sehen. Sie gehören in die städtischen und staatlichen Sammlungen, die sich selbst mit jungen und alten angeblichen „Wilden“ blockiert und für deren zweifelhafte Riesenformate Unsummen verschleudert haben, für Bilder also, die, nachdem die Mode schnell verklungen ist, kein Mensch mehr sehen will. Aber das Geld ist ausgegeben. Mit Zingerls wäre es allemal besser angelegt. Aber was soll's: Er ist kein marktgerechter Künstler und will es auch nicht sein. Er ist sich stets treu geblieben und damit auch seinen Fans. Zingerl hat nie einer Mode hinterhergemalt, ist auch in seinen Anfängen keinem Vordenker oder Vormaler gefolgt, sehen wir einmal von solchen Gestirnen ab wie Dürer, Grünewald und Altdorfer.

Ich bin stolz darauf Zingerl als Karikaturisten „Kollege“ nen-



nen zu dürfen. Auch auf diesem Gebiet ist er einmalig, und ich weiß wovon ich rede, denn ich beschäftige mich seit Jahrzehnten mit der politischen Karikatur in aller Welt. Das Einzigartige ist da dünn gesät und unter den vielen hundert Karikaturisten, die ich gesichtet habe, sind nur wenige, die so ideal Kunst, Komik und Kritik unter einen Hut zu bringen wissen wie der Zingerl.

Auch auf dem Gebiet dieser „Afterkunst“ – der Zingerl liebt es so wie ich, dem Betrachter mit dem nackten Hintern ins Auge zu springen – ist er nicht nur unverwechselbar sondern ebenso zielsicher, unbestechlich und parteiergreifend wie in seiner Malerei. Auch zu Zingerls Karikaturen, oder besser: zu seiner Haltung als Karikaturist, habe ich ein Zitat gefunden:

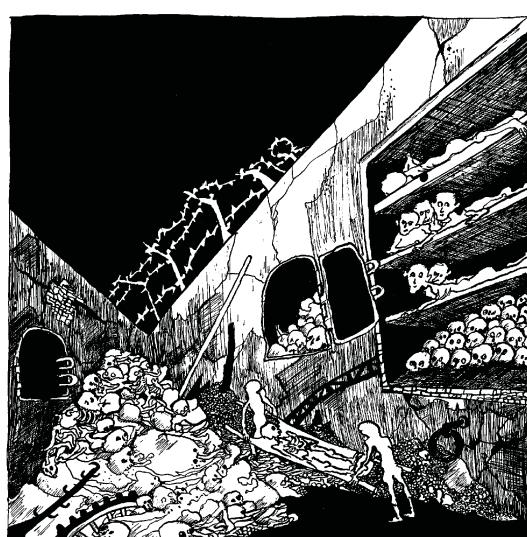
„Jede Karikatur ist ein Augenblick der Wahrheit für den Künstler. Er muß mit wenigen Strichen oft komplexe Probleme erfassen. Er kann nicht ausbüxen, er kann nicht drumherumzeichnen. Der Karikaturist verwickelt sich in die Politik, wenn er seine Kunst ernst nimmt. Er ergreift Partei.“

Dieses Zitat ist vom Zingerl selbst, und ich kann danach und nach dem Blick in die deutsche Presselandschaft nur feststellen, daß es hierzulande nicht mal eine Handvoll Karikaturisten gibt, die ihre Kunst ernstnehmen. Zingerl aber hat sich immer an diese seine Maxime gehalten als Karikaturist wie als Maler. Er hat den „Aufrechten Gang“ nicht nur gemalt. Er ist ihn gegangen und geht ihn.

Ich danke Ihnen.

Bilder:

Oben: *Das Beinhau*, 1991,
Tusche auf Papier, 34x35 auf 80x60
Unten: *Die Heimsuchung*, 1996,
Tusche auf Papier, 90x60



19. September: Landtagswahl in Sachsen

23./24. September: Tagung: *Missbrauch im Sozialhilfebezug. Was hat es mit der Diskussion um den „Missbrauch von Sozialhilfe“ auf sich?* Was ist eigentlich „Missbrauch“ von Rechten im System der sozialen Sicherung? Wo sind die Grenzen zwischen rechtmäßiger Ausübung von Rechten und ihrem Missbrauch? Und wie steht es um die Rechtmäßigkeit von Behördenentscheidungen um die Bewilligung von Leistungen aus der Sozialhilfe oder die Ablehnung? ReferentInnen sind u.a. Dietrich Schoch, Verwaltungsfachhochschule Ffm, Cora Molloy von der BAG der Sozialhilfeinitiativen. Veranstalterin: Evangelische Akademie, PF 1205, 34362 Hofgeismar. Tagungsbeitrag: 147 DM, 50% Ermäßigung für Schüler etc. Weitere Ermäßigung auf Anfrage. Programmblatt bei der Akademie, Tel. (0 56 71) 88 11 18, Fax 88 11 54

30. September: Kanzler Schröder zu einem offiziellen Besuch in Prag

1.-3. Oktober: Tagung: *Soziale Gerechtigkeit statt „Innerer Sicherheit“ – Alternativen zur Aufrüstung der Gesellschaft*, Ort: Haus Venusberg Bonn, Anmeldung: Bund für Soziale Verteidigung und Internationaler Versöhnungsbund/Dt. Zweig; Ringsstr. 9a, 32427 Minden, Tel.: 0571-850875 oder 0571-294456

8. Oktober: CSU-Parteitag in Nürnberg

3.-9. Oktober: Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg

8.-9. Oktober: Der Krieg – Analyse eines Exempels. Frieden auf dem Balkan? Lehren aus dem Krieg in Kosovo. Worüber wir nachdenken müssen. Eine Konferenz verschiedener Organisationen, u.a. AG Friedens- und Konfliktforschung, Bund Demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Bundesverband Bürgerinitiativen, Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg, Juristinnen und Juristen gegen Atomwaffen, NaturwissenschaftlerInnen Initiative Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit. Am Freitag, den 8., beginnt um 19 Uhr das Plenum mit drei Einleitungsreferaten. Am Samstag, den 9., finden zwischen 9.30 bis 13.00 mehrere parallele Foren statt, u.a.: Kosten, Kollateralschäden und Fogen des Krieges; Psychologie und Rechtfertigungen des Krieges; NATO-Strategie; Recht des Krieges ...; ab 13.30 Vorträge und Diskussionsrunde zu „Konsequenzen und Perspektiven“. Ort: Hamburg, Hochschule für Wirtschaft und Politik. Anmeldung bei: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative e.V., Gutenbergstr. 31, 44139 Dortmund, Tel. (02 31) 57 52 02, Fax (02 31) 57 52 10, email: INES_NATO@t-online.de

10. Oktober: Wahlen zu Abgeordnetenhaus und BVVen Berlin

24. Oktober: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

28. bis 31. Oktober: 22. Bundeskonferenz Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Hannover, Motto: „Gegenschlag von unten“, Thema u.a.: Expo 2000 + Foren zu Weltwirtschaft und Globalisierung; Soziale Frage / Soziale Kämpfe; Standortnationalismus und Neue Weltordnung; Modell Deutschland zwischen Expo-Rhetorik und Nachhaltigkeit. Kontakt: Geschäftsstelle der BUKO, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. (0 40) 39 31 56. E-Mail: buko@cl-hh.cl.sub.de Internet: <http://ourworld.compuserve.com/homepages/critical-shareholders/buko.htm>

30. Oktober: Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Erörterung möglicher Anklagepunkte. U.a. folgende Punkte werden in Referaten behandelt: 1. Analyse der Politik der USA und der G7/G8. Staaten im Bestreben um eine „neue Weltordnung“; völkerstrafrechtliche Fragen des NATO-Krieges; Menschenrechte und Frieden; Jugoslawienpolitik der BRD in den 90er Jahren; verfassungsrechtliche Fragen des Platzes und der Aufgaben der Bundeswehr; Verletzung der Regeln des

ADRESSE AUFKLEBER

Kriegsvölkerrechts. 10-19 Uhr, Kirche zum Heiligen Kreuz, Zossener Straße 65, Ecke Blücherstr. Vorbereitungskomitee, c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V., GBM, Weitlingstr. 89, 10317 Berlin, Tel. (030) 5 57 83 97, Fax (0 30) 5 55 63 66, Email: gbmev@t-online.de

30. Oktober bis 1. November: *Bundeskongress der DFG/VK*, u.a. Feier zum 25jährigen Bestehen. Bundesgeschäftsstelle der DFG-VK, Schwanenstr. 16, 42551 Velbert, Tel. (02051)4217. e-Mail: dfgvk@mail.kdt.de Internet: www.dfg-vk.de

17.-19. November: *Außerordentlicher Gewerkschaftstag der HBV* in Würzburg; ebenso *außerordentlicher Gewerkschaftstag der ÖTV*. Die Gewerkschaften beraten Anträge zur Dienstleistungsgewerkschaft und zum Weg dahin.

19.-21. November: *Tagung in Hamburg: Friedensarbeit und Friedenserziehung nach dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien*. Veranstalterin: Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) in Verbindung mit dem „Ausschuss für Friedenserziehung der GEW Hamburg“ und dem „Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation Hamburg“. Kontakt: PPF, Bernhard Nolz, Kölner Str. 11, 57072 Siegen, Tel. (02 71) 2 05 96, Fax (02 71) 2 39 09 85, Email: nolzpop@t-online.de

20. November 1999: Dritter Workshop der PDS zum Genossenschaftsgedanken und zum Ringen darum, ihn umzusetzen. In einem Schreiben des Parteivorstandes heißt es dazu: „...ist die Diskussion im Kontext mit sozialer und ökologischer Regionalentwicklung vorgesehen. Das Zusammensein soll zugleich zwei praktische Dinge in die Wege leiten: Einmal geht es um konkrete Absprachen über Projekte, die wir unterstützen oder gründen könnten, zum anderen über eine andere Arbeitsform“. Weitere Informationen später.

6. bzw. 7. bis 8. Januar: Vormerken: *Linke Winterschule* in Friedrichroda.

Übersicht über die noch geplanten Gelöbnisse der Bundeswehr 2. Halbjahr 99

24.09. Strausberg	21.10. Eggesin
29.09. Burg	22.10. Traustadt
29.09. Einum	22.10. Annaburg
30.09. Wallgau O.	27.10. Rotenburg/W.
30.09. Schönau a.K	28.10. Lukow
30.09. Anschau	05.11. {noch offen}
30.09. Zwiefalten	25.11. Storkow
30.09. Geiselhöring	25.11. Bischofswiesen
30.09. Doberlug-Kirchhain	25.11. Inzell
30.09. Plau am See	02.12. Stimpfach
07.10. Füssen	02.12. Bad Urach
08.10. Walldürn	03.12. Blindlack
14.10. Otterstadt	08.12. Frankenberg
14.10. Uhlingen-Mühlhofen	09.12. Lippstadt
14.10. Alteglofsheim	10.12. Pasewalk
14.10. Kandel 1	16.12. Wesendorf
5.10. StuttgartSchloßpl.	1.12. Holzdorf
21.10. Wuppertal	Aus: FriedensForum 4/99